www.cduinform.de

ISSN: 2193-3960
April 2015
Ausgabe 30

CDU inform

Magazin der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis

Ich erhalte viel Zustimmung!

Wolfgang Bosbach im Interview

Neue Vorstände

Übersicht der bereits neu gewählten Vorstände!

CDU fordert Einsatz der vorausschauenden Polizeiarbeit im Rheinisch-Bergischen Kreis

Predictive Policing

Bekenntnisschulen erhalten

Rainer Deppe gegen Schulgesetzänderung

Klarstellung für Sportvereine wichtig

Holger Müller zum Mindestlohn

Regierung arbeitet unprofessionell

Herbert Reul zur Situation in Griechenland

Kreuzfahrten

Flugreisen

Mehrtagesreisen

Tagesfahrten

Fordern Sie unseren Reisekatalog an: ☎ (0 22 02) 9 36 95 20

Straßburg

Die Europastadt Straßburg, die aufgrund ihrer wechselvollen Geschichte mal zu Deutschland mal zu Frankreich gehörte, vereinigt Traditionen und Elemente beider Länder in harmonischer und liebenswerter Weise.
1. Tag: Anreise, Stadtrundfahrt und Stadtrundgang Straßburg.
2. Tag: Ganztägige Elsassrundfahrt.
3. Tag: Besuch im EU-Parlament und Diskussion mit unserem EU-Abgeordneten Herbert Reul MdEP, Mittagessen und Weinprobe in der Pfalz.

Im Reisepreis eingeschlossene Leistungen:
- Fahrt im modernen Reisebus
- 2 Übernachtungen mit Frühstück in einem ***-Hotel
- Besichtigung des EU-Parlaments, Empfang durch Herbert Reul
- Stadtführung Straßburg
- Ganztägige Elsassrundfahrt
- 1 x Mittagessen mit Weinprobe

Foto: Bichot from Paris, Wikimedia (CC BY-SA 3.0)

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer: **225 €**
Einzelzimmerzuschlag: 40 €
Nr.: **ST15**

Berlin

1. Tag: Anreise, Führung Magdeburger Dom, Weiterfahrt nach Berlin.
2. Tag: Große Stadtrundfahrt und Stadtrundgang
3. Tag: Besuch im Reichstag: Besichtigung des Plenarsaals auf der Besuchertribüne mit Erläuterungen, Empfang und Diskussion mit unserem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach MdB, Kuppel, anschließend Zeit zur freien Verfügung.
4. Tag: Ganztagesauflug nach Potsdam mit Schloß Sanssouci, Spaziergang durch den Park, kleine Stadtrundfahrt durch Potsdam.
5. Tag: Bootsfahrt auf der Spree durch das Regierungsviertel, der Nachmittags steht für eigene Erkundungen zur Verfügung.
6. Tag: Heimreise mit Mittagspause am Steinhuder Meer, dem größten Binnensee Nordwestdeutschlands.

Im Reisepreis eingeschlossene Leistungen:
- Fahrt im modernen Reisebus
- 5 Übernachtungen mit Halbpension im ***-Hotel in Berlin
- Ganztägige Stadtführung durch Berlin
- Besuch des Reichstages - Empfang durch Wolfgang Bosbach MdB
- Ganztagesausflug nach Potsdam mit Sanssouci
- Historische Stadtrundfahrt per Boot
- Örtliche Reiseleitung

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer: **699 €**
Einzelzimmerzuschlag: 155 €
Nr.: **BER15**

CDU STUDIEN- UND BEGEGNUNGS-REISEN
www.cdureisen.de

Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach
Telefon: **(0 22 02) 9 36 95 20**
Telefax: **(0 22 02) 9 36 95 21**
E-Mail: **info@cdureisen.de**

Unsere persönliche Reiseberatung durch Frau Richter erreichen Sie dienstags und freitags von 9 bis 12 Uhr vor Ort oder telefonisch:
(0 22 02) 9 36 95 20

„Für mich war das die erste Demo meines Lebens“

Das erzählte mir ein seit vielen Jahren bekannter Landwirt am Ende der großen Kundgebung gegen das von SPD und Grünen geplante neue NRW-Jagdgesetz. So wie er dürften die meisten der 15.000 Teilnehmer am 18. März erstmalig an einer Demo teilgenommen haben. „Demonstrieren, das ist doch eigentlich eher was für linksorientierte Menschen und vielleicht für Gewerkschafter; aber doch nichts für Selbstständige und Leute, die treu zum Staat stehen“, sprudelte es aus ihm raus.

„Mir war schon ein bisschen mulmig, als ich morgens mit meinen Freunden nach Düsseldorf losgefahren bin. Mit Randale wollen wir ja nun wirklich nichts zu tun haben. Im Radio hatte ich gerade von brennenden Polizeiautos und geplünderten Geschäften in Frankfurt gehört.“ Bei den Jägern dagegen blieb alles friedlich und als sie den Platz verließen, lag nicht ein Blatt Papier und schon gar kein Müll auf der Wiese. So ordentlich geht es zu, wenn Bürgerliche ihr Grundrecht wahrnehmen.

„Wir können doch nicht alles mit uns machen lassen. Seit Jahren sind wir Bauern, die Waldbesitzer, Jäger und Angler, alle, die wir uns um die Ernährung der Bevölkerung kümmern, mit Wind und Wetter zurechtkommen müssen und ordentlich mit der Natur und Landschaft arbeiten, immer neuen Auflagen, ständigen Falschmeldungen und teilweise offenen Angriffen ausgesetzt. Als dann Anfang des Jahres radikale Tierschützer sich auch noch freuten, wie ein oberbergischer Berufskollege bei einem tragischen Unfall im Bullenmaststall tödlich verletzt wurde, war das Maß für mich voll. Jetzt ist Schluss mit Ärgern, jetzt muss ich was tun. Und heute bin ich hier.“

Für den riesigen Demonstrationszug war das rot-grüne Landesjagdgesetz lediglich der äußere Anlass. Im Kern war es der sichtbare Aufstand des Bürgertums gegen eine ständige Bevormundung, wie man gefälligst politisch korrekt zu leben habe. Wir sollen nicht in Urlaub fliegen, lieber Bahn statt Auto fahren, schon gar nicht ein SUV-Fahrzeug kaufen, keine Naturweihnachtsbäume aufstellen, Getränke nur aus Mehrwegflaschen trinken, die Skipisten nicht mit Kunstschnee beschneien, mehr Bio-Kost kaufen, keine Delfine im Zoo ansehen, keine Tiere jagen, mehr Tofu als Fleisch essen und den wöchentlichen Veggie-Day einhalten…..

„Für Land und Leute – Schluss mit den Verboten“, war dann auch der treffende Titel für eine der größten Demonstrationen, die ich auf der Wiese vor dem Landtag miterlebt habe. In den Zeitungen hat sie ihre Wirkung nicht verfehlt. Verwundert rieben sich die Journalisten die Augen. Erstmals hatte sich eine Großdemonstration nicht gegen Konservative und die CDU gerichtet, sondern klar gegen linke und grüne Politik. Hier stand die Mitte der Gesellschaft, die längst die Nase voll hat von ständig neuen Lasten und aufgezwungenen Verboten.

Bild: Pakendorf

Das Recht, friedlich zu demonstrieren, gehört zu den Grundfreiheiten der Demokratie. Diese stehen allen Bürgern zu. Es ist an der Zeit, dass auch das Bürgertum, die Mehrheit und Mitte der Gesellschaft, aufwacht und dieses Recht für sich entdeckt.

Dieser 18. März 2015 hat das Zeug zu einem Wendepunkt zu werden. Wir „normalen Bürger“, wie mein eingangs zitierter Bekannter es ausdrückte, „wissen jetzt, dass wir viele sind und dass wir es können.“ Das lässt doch hoffen.

Ihr

Rainer Deppe

Rainer Deppe
ist Kreisvorsitzender der CDU und Landtagsabgeordneter im Rheinisch-Bergischen Kreis

Bild: Landesjagdverband Nordrhein-Westfalen

IMRESSUM

Herausgeber:
Christlich Demokratische Union
(CDU) Rheinisch-Bergischer Kreis
Am Stadion 18-24
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: (0 22 02) 9 36 95-0
Telefax: (0 22 02) 9 36 95-22
E-Mail: redaktion@cduinform.de
Web: www.cduinform.de und www.cdurbk.de

Redaktion: Thomas Frank (tf/V.i.S.d.P.),
Lennart Höring (lh/Layout),
Uwe Pakendorf (up/Redaktionsleitung)

Weitere Autoren: Klaus-Dieter Becker, Wolfgang Bosbach, Rainer Deppe, Doro Dietsch (dd), Hans-Reinhold Drümmen (hrd), Diego Faßnacht (df), Timo Friedrich (tif), Birgit Fort (bf), Erika Gewehr (eg), Rainer Hütte-bräucker (rh), Sascha Inderwisch (si), Holger Müller, Herbert Reul, Josef Schlösser (js), Stephan Specht (sts), Maurice Winter (mw), Sylvia Wöber-Servaes (sws)

Satz/Layout: Lennart Höring, Uwe Pakendorf

Titelseite: KatarzynaBialasiewic (istockphoto)

Druck/Versand: Heider Druck GmbH, Paffrather Straße 102-116, 51465 Bergisch Gladbach

Anzeigen: Thomas Frank (Ltg.), Inga Gottschalk

Auflage: 5.000 Exemplare

Nächster Redaktions- und Anzeigenschluss:
29. Mai 2015

Bezugspreis: ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Einzelpreis 0,80 € inkl. MwSt

ISSN: 2193-3960 (Print)

PEFC zertifiziert
Das verwendete Papier stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen.
www.pefc.de

Die CDU in sozialen Netzwerken:
/cdurbk @cdurbk /cdurbk

Anzeige

Treffpunkt im Herzen der Stadt

Bürgerhaus Bergischer Löwe

* Schauspiel & Komödie
* Operette & Konzert
* Kindertheater & Musicals
* Märkte & Messen
* Seminare & Tagungen

Vorverkaufsstelle für KölnTicket
Theaterkasse Bergischer Löwe
Öffnungszeiten: Di – Fr 10 – 18 Uhr / Sa 10 – 13 Uhr
Tel: 02202 / 38 999 Fax: 02202 / 294655
theaterkasse@bergischerloewe.de
www.bergischerloewe.de

Titelthema

08 | 2014 war kein gutes Jahr für Sicherheit im Kreis
Polizeibeiratsvorsitzender Klaus-Dieter Becker im Interview

10 | CDU für Einsatz von Predictive Policing im Kreis
CDU fordert vorausschauende Polizeiarbeit im Kreis

Kolumne
03 | Demo mit 15.000 Jägern
Rainer Deppe

Aktuelles
05 | Ich erhalte viel Zustimmung
Wolfgang Bosbach im Interview

News und Namen
06 | 35. Politischer Aschermittwoch
Generalsekretär Bodo Löttgen zu Gast
06 | Ärztlicher Bereitschaftsdienst
Kreisvorstand spricht mit Dr. Wiemer
07 | Informationen über Jagdgesetz
Jochen Borchert zu Gast in Kürten
07 | Hilfe für die Opfer
Weisser Ring zu Gast im Kreisvorstand
07 | Jubiläum I
Inga Gottschalk arbeitet 20 Jahre für CDU
07 | Jubiläum II
CDU bereit 70-jähriges Jubiläum vor

Parlamente
12 | Entschlossen gegen Islamismus
Wolfgang Bosbach
12 | Regierung unprofessionell
Herbert Reul zu Griechenland
13 | Bekenntnisschulen erhalten
Rainer Deppe
13 | Mindestlohn bei Sportvereinen
Holger Müller

Kreistag
14 | Pflege wird strategisches Thema
Sylvia Wöber-Servaes
14 | Strategieprozess RBK 2020
Erika Gewehr

Rubriken
04 | Inhalt / Impressum
17 | Buchtipp: Putins Demokratur
22 | Termine

Union News
15 | Landesentwicklungsplan NRW
CDA informierte sich
15 | Tierschutz und palliative Medizin
EAK mischt sich ein
16 | Inderwisch neuer Vorsitzender
JU Bergisch Gladbach hat gewählt
16 | Besuch im Landtag
JU-Kreisverband in Düsseldorf
16 | Ein Herz für Kürten
JU vergibt Preis
17 | Knoll neuer Vorsitzender
JU Leichlingen hat gewählt
17 | Besuch im Landtag II
CDA Wermelskirchen in Düsseldorf
18 | Bräutigam und Leßenich nominiert
Vorstände nominieren BM-Kandidaten
18 | Winter neuer Vorsitzender
CDU Leichlingen hat gewählt
18 | Infos zum Mindestlohn
MIT-Kreisverband informierte sich
19 | Mauer Ehrenvorsitzender
Senioren-Union Rösrath
19 | 450 Euro ergrillt
CDU Rösrath unterstützt DLRG
20 | Neuer Bürgertreff eröffnet
CDU Leichlingen
20 | Gerd Hangert geehrt
CDU Leichlingen
20 | Erfolgreiche Seniorenbeiratswahl
Senioren-Union Bergisch Gladbach
20 | Friedrich bleibt Vorsitzender
Junge Union Kürten hat gewählt
21 | Alte und neue Namen
Vorstandswahlen im Überblick
21 | Gustav Ringelberg geehrt
CDU Burscheid
21 | Mitmachen erwünscht
Neumitglieder im Gespräch mit CDU

Fotos: KatarzynaBialasiewicz (istockphoto), Pixabay, IFMPT

Ich erhalte viel Zustimmung!

„Ich will nicht die Kuh sein, die quer im Stall steht" – so wurde während der vergangenen Wochen unser Bundestagsabgeordneter Wolfgang Bosbach zum Thema der Bundestagsabstimmung über die erneuten Griechenland-Hilfen zitiert. Spekuliert wurde in diesem Zusammenhang in den Leitmedien über einen Rückzug aus der Politik. Grund genug für die CDUinform nachzufragen.

Foto: Manfred Esser

Das Gespräch führte Uwe Pakendorf

Herr Bosbach, um bei Ihrem Bild über Ihr Verhältnis zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu bleiben – stehen Sie wirklich quer im Stall?

Zwar hat es in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei den sog. „EURO-Rettungspaketen" noch nie so viele Gegenstimmen gegeben wie bei der jüngsten Entscheidung über die Verlängerung des 2. Hilfspaketes für Griechenland, aber die überwältigende Mehrheit der Fraktion ist – nach wie vor – für die Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses. Im Bundestag hat die pro-Fraktion eine noch größere Mehrheit. Etwa 95% haben mit „ja" gestimmt, nur gut 5% mit „nein" – obwohl in der Bevölkerung die Mehrheitsverhältnisse völlig anders sind. In der Fraktion gehöre ich weiterhin einer kleinen Minderheit an. Von der vielzitierten Parteibasis und aus der Mitte der Bevölkerung erhalte ich allerdings sehr viel Zustimmung.

Die Aussage, dass Sie nicht ständig bei den Griechenland-Hilfen gegen die Bundesregierung stimmen wollen, haben Sie mit der Frage nach der persönlichen Zukunft in der Politik verknüpft. Gibt es wirklich einen Punkt, an dem ein Wolfgang Bosbach nicht mehr weiter macht?

Wenn es irgendwann einmal tatsächlich so weit sein sollte, sage ich Bescheid. Im Februar ging es ja im Kern nur um die Verlängerung des bereits beschlossenen 2. Hilfspaketes für Griechenland um weitere 4 Monate. Die wesentlich wichtigeren Entscheidungen müssen spätestens Mitte/Ende Juni 2015 getroffen werden – dann wird es allerdings um ganz andere, wesentlich höhere Beträge gehen. Die Schätzungen liegen zwischen mindestens 20 Milliarden Euro und maximal 40 Milliarden Euro – zunächst. Deshalb ist dieser Zeitpunkt auch für mich persönlich sehr wichtig.

Vor Ort sind die CDU-Mitglieder und Ihre Wähler seitdem sehr beunruhigt. Was sagen Sie diesen Menschen?

Genau das, was ich auch der Rheinischen Post gesagt habe: Es fällt mir zunehmend schwer, in Sachen „EURO-Rettung" regelmäßig gegen die große Mehrheit in der Fraktion zu argumentieren und anschließend auch noch gegen die von mir gewählte Regierung zu votieren. Dabei ist die Lage geradezu paradox: Im Grunde möchte ich nur bei dem bleiben, was CDU und CSU den Menschen bei der Einführung des EURO fest versprochen haben: Es geht nur um eine Währungsunion! Eine Haftungs- oder gar Transferunion wird es nie geben! Und dabei sollte es meiner Überzeugung nach auch unbedingt bleiben. Tatsächlich gehen wir jedoch seit fast exakt 5 Jahren konsequent den Weg in Richtung Haftungs- und Schuldenunion weiter, begleitet von der tatkräftigen „Unterstützung" der EZB.

Bei dieser Lage stellt sich die Sinn-Frage für alle Anstrengungen, denn das Abstimmungsergebnis steht ja ohnehin fest – erst recht nach Bildung der Großen Koalition. Ob 20, 50 oder gar 100 Unions-MdB's „nein" sagen, ist doch für das Ergebnis völlig irrelevant. Ich werde auch zukünftig garantiert nicht gegen meine Überzeugung abstimmen – dabei bleibt es!

Wie darf man sich als Außenstehender die Diskussionen in der Fraktion vorstellen?

Angesichts der gewaltigen Summen – erstaunlich kurz. In den Anfangszeiten der Rettungsbemühungen wurde ja noch intensiv und leidenschaftlich über Zahlen und Fakten diskutiert – und insbesondere darüber, ob die geplanten Maßnahmen auch den erhofften Erfolg haben werden. Beispiel Privatisierungserlöse: Griechenland sollte in 5 Jahren – bis Ende 2015 – insgesamt 50 Milliarden Euro Verkaufserlöse erzielen. Stand heute: Knapp 3 Milliarden Euro. Wenn Ende 2015 auch nur 5 Milliarden Euro erzielt würden, wäre das eine Überraschung. Diese riesige Diskrepanz zwischen Plan und Realität wird jedoch allenfalls am Rande thematisiert – und das bei einem Fehlbetrag von 45 Milliarden Euro! Da bin ich nicht der einzige, der dafür kein Verständnis hat. Heute wird eher politisch argumentiert: Der EURO ist Europa, ohne Griechenland ist Europa nicht vorstellbar und weil Europa der Frieden ist und niemand den Frieden gefährden will, ist ein „ja" alternativlos. Neuerdings wird auch dahingehend argumentiert, dass sich der NATO-Partner Griechenland ansonsten Russland zuwenden könnte usw. usw. Bin gespannt, was demnächst noch kommt.

Dürfen wir auch noch in den Jahren bis 2017 damit rechnen, dass Wolfgang Bosbach unseren Wahlkreis im Bundestag vertritt?

Wie sagt der „Kaiser" doch immer so treffend: „Schau'n mer mal!"

Generalsekretär spricht vor vollem Haus - Ehrenvorsitzender feiert Geburtstag

Bodo Löttgen beim 35. Politischen Aschermittwoch

Seit 35 Jahren ist es bei der CDU Rheinisch-Bergischer Kreis Tradition, nach dem Ende der fünften Jahreszeit unverzüglich zur politischen Arbeit zurückzukehren. In diesem Jahr war Bodo Löttgen, Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, der Festredner, dem rund 300 Teilnehmer im vollbesetzten Spiegelsaal des Bergischen Löwen zuhörten.

Hocherfreut begrüßte der CDU-Kreisvorsitzende Rainer Deppe die große Teilnehmerzahl, unter ihnen auch Herbert Reul MdEP, Wolfgang Bosbach MdB, Holger Müller MdL sowie Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke, Kreisdirektor Dr. Erik Werdel und der Bergisch Gladbacher Bürgermeister Lutz Urbach. Ganz besonders begrüßte er den Ehrenvorsitzenden der Kreispartei, den Bergisch Gladbacher Ehrenbürger und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Franz Heinrich Krey, dem er mit Blumen und einem Gutschein zu seinem 85. Geburtstag gratulierte. Mit stehenden Ovationen und einem Ständchen gratulierten auch alle Teilnehmer der Veranstaltung sehr herzlich.

Generalsekretär Bodo Löttgen sieht die CDU auf einem guten Weg, wieder Regierungsverantwortung in NRW übernehmen zu können. Es seien „noch 117 Wochen bis zum Wechsel“. Im Mai 2017 findet die nächste Landtagswahl statt. „Unter Rot-Grün ist NRW auf vielen Gebieten zum Schlusslicht der Länder in Deutschland geworden, nur bei der Neuverschuldung und bei der Länge der Staus nicht.“, so Löttgen unter dem zustimmenden Applaus der Zuhörer. Statt Handlungsspielraum für die heimische Wirtschaft zu schaffen, sei immer mehr Bürokratie im Land aufgebaut worden. Als Beispiel nannte er u.a. das von der heimischen Wirtschaft heftig kritisierte Tariftreue- und Vergabegesetz, welches aufgrund seiner umfangreichen Auflagen dafür sorge, dass sich kleinere und mittlere Unternehmen gar nicht mehr an öffentlichen Ausschreibungen beteiligen würden. Auch die Tatsache, dass NRW immer wieder Bundesgelder für den Straßenbau wegen fehlender fertiger Pläne nicht abrufen würde, seien Beleg dafür, dass die derzeitige Landesregierung Chancen für NRW verspiele. Dem schloss sich auch Rainer Deppe beim Dank an den Festredner an und eröffnete zum Ausklang der Veranstaltung das traditionelle Fischessen. (tf)

Rainer Deppe, Dr. Hermann-Josef Tebroke, Herbert Reul, Bodo Löttgen, Holger Müller und Dr. Erik Werdel

Herzlichen Glückwunsch!

Seinen 85. Geburtstag feierte der Ehrenvorsitzende Franz Heinrich Krey am Aschermittwoch gemeinsam mit politischen Weggefährten bei der CDU.
Wir gratulieren herzlich!

CDU informiert sich über ärztlichen Bereitschaftsdienst

In seiner Sitzung am 13. März befasste sich der erweiterte CDU-Kreisvorstand mit dem ärztlichen Bereitschaftsdienst im Rheinisch-Bergischen Kreis. Dr. Heribert Wiemer, Vorsitzender der Kreisstelle der Kassenärztlichen Vereinigung, informierte hierzu aus erster Hand und schilderte die Hintergründe der aktuellen Diskussionen um die zwischenzeitlich vorerst abgewendeten Schließungen der Bereitschaftsdienstpraxen in Overath und Rösrath.

Nach Monaten intensiver und kontroverser Debatten hatte die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein in einer Sondersitzung am 11. Februar nach einer emotional geführten Debatte eine Neustrukturierung des Bereitschaftsdienstes beschlossen. Am Ende votierte eine breite Mehrheit für die Neuordnung des Bereitschaftsdienstes, die eine geringere Dienstbelastung für die Ärzte, eine Trennung von Sitz- und Fahrdienst, eine neue Anzahl und Rasterung der Notdienstpraxen, drei fachärztliche Bereitschaftsdienste sowie die Einrichtung eines flächendeckenden und effizient disponierten Fahrdienstes beinhaltet.

Dr. Heribert Wiemer und Rainer Deppe

Dr. Wiemer betonte, dass er hinter dem Beschluss der Vertreterversammlung stehe und dass bei aller Emotionalität nicht außer Acht gelassen werden dürfe, dass es bei der Dienstbelastung der Ärzte schon jetzt groß Probleme gäbe, Nachfolger für Praxen auf dem Land zu finden. Außerdem stand er den Vorstandsmitgliedern für viele Fragen rund um den Bereitschaftsdienst sowie die Organisationsstruktur der hiesigen Ärzteschaft zur Verfügung.

Dringenden Handlungsbedarf sehen die Vorstandsmitglieder in der Kommunikation rund um das Thema. So sei die Patientenaufklärung über den Bereitschaftsdienst durch die Ärzteschaft verbesserungswürdig. Auch die bundesweit betriebene zentrale Telefonnummer für den ärztlichen Bereitschaftsdienst 116 117 sei für viele Patienten ein großes Ärgernis, weil man häufig sehr lange in der Warteschlange warten müsse, um dort Hilfe zu erfahren. (tf)

Alle Fotos: CDU/Frank

Jochen Borchert informierte über das neue Jagdgesetz

Die Kreis-CDU hat am 16. März eine Informationsveranstaltung zum neuen Jagdgesetz durchgeführt. Rund 190 Gäste, unter ihnen viele Jäger, aber auch Landwirte, Waldbauern, Angler, Schäfer und Grundbesitzer waren der Einladung des Kreisvorsitzenden Rainer Deppe in den vollbesetzten Saal der Taverna Kalyva in Kürten-Bechen gefolgt.

In ihren Reden warnten der Hauptredner des Abends, der ehemalige Bundeslandwirtschaftsminister und amtierende Vorsitzende der Jägerstiftung Natur+Mensch Jochen Borchert sowie Rainer Deppe davor, die jetzt anstehende Novellierung des Jagdgesetzes isoliert zu betrachten. Vielmehr erwarten die ausgewiesenen Fachpolitiker, dass die geplanten staatlichen Eingriffe nur der Anfang seien: Forst, Landwirtschaft, Fischerei kämen nach der Verabschiedung des Jagdgesetzes im April/Mai in kurzer zeitlicher Abfolge ins rot-grüne Visier. „Selbstbestimmung oder Bevormundung durch Rot-Grün?“ würde laut Deppe zur Kernfrage des ländlichen Raums. Letztlich ginge es darum, ob die Menschen, die mit und in der Natur arbeiten und leben, entscheiden, wie ihr Eigentum, Wald, Gewässer und landwirtschaftliche Flächen genutzt werden, oder ob dies zukünftig der Staat vorschreiben werde. Auch die anschließende Diskussion mit den Veranstaltungsteilnehmern brachte große Besorgnis der Betroffenen zum Ausdruck. Neben Demonstrationen auf der Landesebene sollten jetzt Gespräche mit Lokalpolitikern der regierungstragenden Fraktionen von SPD und Grünen geführt werden, um von der Basis aus Änderungen am vorliegenden Gesetzentwurf zu bewirken. (tf)

CDU spricht mit Weissem Ring

In der ersten Sitzung des Jahres hat sich der CDU-Kreisvorstand intensiv mit der Arbeit des Weissen Rings beschäftigt. Die Außenstellenleiterin für den Rheinisch-Bergischen Kreis, Renate Pfeiffer, stellte die Tätigkeitsgebiete der Organisation vor und beantwortete vielen Fragen der Politiker. Der Weisse Ring ist eine Hilfsorganisation für Kriminalitätsopfer und ihre Familien, die auf Kreisebene vollständig ehrenamtlich mit nur drei Opferbetreuern tätig ist. Im Jahr 2014 wurden rund 160 Kriminalitätsopfer von dort aus betreut. Opfer aller Deliktarten, vom Mord über den Einbruch bis zum Taschendiebstahl, aber auch Opfer häuslicher Gewalt und sexuellen Missbrauchs wenden sich an den Weissen Ring und erfahren dort Unterstützung, sei es finanzieller Art, in Rechtsfragen bspw. bei der Begleitung vor Gericht oder auch psychologisch. CDU-Kreisvorsitzender Rainer Deppe: „Der Weisse Ring leistet unglaublich wichtige Arbeit, die viel zu selten gewürdigt wird. Die CDU Rhein-Berg steht fest an der Seite des Weissen Rings und der Opfer von Kriminalität. Wir werden auch weiterhin Initiativen starten, um die Polizeiarbeit vor Ort zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität zu schützen.“ (tf)

Rainer Deppe mit Renate Pfeiffer

20 Jahre im CDU-Center

Am ersten Arbeitstag des neuen Jahres feierte Inga Gottschalk ihr 20-jähriges Dienstjubiläum in der CDU-Kreisgeschäftsstelle. Kreisgeschäftsführer Thomas Frank dankte ihr im Namen der gesamten Kreispartei für die bisherige hervorragende Zusammenarbeit. Auch die Kolleginnen und Kollegen gratulierten herzlich. CDUinform natürlich auch! (tf)

70 Jahre CDU – Helfen Sie mit!

Das Autoren- und Beraterteam zur Vorbereitung einer Festschrift zum diesjährigen 70. Geburtstag der CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis hat seine Arbeit aufgenommen und bereits erste Recherchen begonnen.

Auch Sie können helfen! Haben Sie vielleicht historische Dokumente oder Zeitungsartikel über die CDU gesammelt oder Fotos, die Sie dem Team zur Verfügung stellen könnten?

Hinweise nimmt unser Kreisgeschäftsführer Thomas Frank im CDU-Center jederzeit unter 02202 93695-0, Fax -22) oder per email an t.frank@cdurbk.de gerne entgegen. Wir sind für jede Unterstützung dankbar, denn damit erscheint die Festschrift von und mit unseren Mitgliedern für unsere Mitglieder. (tf)

„2014 war kein gutes Jahr für die Sicherheit im Kreis!“

Das Gespräch mit Klaus-Dieter Becker führte Uwe Pakendorf

Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke sprach bei der diesjährigen Veröffentlichung der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik für den Rheinisch-Bergischen Kreis von „mehr Schatten als Licht“. Wie sieht das der Vorsitzende des Polizeiberats?

2014 war kein gutes Jahr für die Sicherheit im Rheinisch-Bergischen Kreis. Der Wohnungseinbruchsdiebstahl ist auf dem Vormarsch und hat weitestgehend die positiven Bilanzen in anderen Deliktbereichen zunichte gemacht. Eine Zunahme von 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf absolut 1058 Fälle können wir nicht hinnehmen. 2014 hat sich der Kreis zudem vom Landestrend entkoppelt. Stieg die Häufigkeitszahl der Wohnungseinbrüche von 2009 bis 2013 im Kreis von 194 auf 310 Fälle pro 100.000 Einwohner, so geschah dies im Landestrend. Dort stieg die Häufigkeitszahl im selben Zeitraum von 229 auf 308 Fälle an. 2014 sank jedoch die Zahl im Landesschnitt auf 300 Wohnungseinbrüche auf 100.000 Einwohner, während die Zahl im Kreis auf 380 überdurchschnittlich stark anstieg. Da konnten auch erfreuliche Zahlen wie der Rückgang beispielsweise von Körperverletzungsdelikten um 7,5 Prozent, von Sexualstraftaten um 18,5 Prozent und von Waffendelikten um 36,5 Prozent das Gesamtbild nicht mehr retten. Trotzdem sind wir immer noch im Landesvergleich mit dem neunten Platz von 54 Kreisen ein sicherer Kreis – insbesondere wenn man die Lage als Ballungsrandzone zu Köln mit in den Vergleich zieht.

Bereits 2014 wurden doch schon deutlich stärkere Anstrengungen der Polizei bei der Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls angekündigt.

Das ist auch geschehen! Die Präsenz vor Ort wurde verdoppelt. Die Kontrollen an Autobahnzubringern und Verbindungsstraßen und die erhöhte Präsenz in Wohngebieten haben die Einbrecher nicht davon abgehalten, ihre Aktivitäten zu steigern. Sicherlich kann man sich vorstellen, dass dies auch für die Polizeibehörde eine nicht zufriedenstellende Tatsache darstellt. Wir haben es jedoch zunehmend mit gut organisierten Banden zu tun, die immer häufiger aus dem Ausland kommen. Diese reisen in Gebiete wie unseren Kreis, wo es gute Beute zu machen gibt und sind dann auch wieder schnell weg. Das erschwert die Arbeit der Polizei erheblich.

Wie sieht es bei der Aufklärung der Wohnungseinbrüche aus?

Die Aufklärungsquote ist beim Wohnungseinbruch von 13 auf

15 Prozent leicht gestiegen. Das ist auch im Landesvergleich immer noch kein zufriedenstellender Wert! Es gibt allerdings gute Nachrichten, was die Erfolgsquote bei Einbrüchen angeht. Immer mehr Einbrüche schlagen fehl. Die Zahl nicht beendeter Einbruchsversuche stieg von 387 auf 537 im letzten Jahr an. Das zeigt, dass sich immer mehr Eigentümer gegen Einbrüche sichern. Auch hat sich die nachbarschaftliche Aufmerksamkeit erhöht. Immer mehr verdächtige Beobachtungen gehen bei der Polizei ein. Das ist eine gute Entwicklung in Bezug auf die Sensibilisierung der Bürger, was den Selbstschutz angeht. Die Zahlen sprechen allerdings auch dafür, dass die Ängste zunehmen.

Wie geht es jetzt weiter?

Die Polizei plant, die Präsenzen insbesondere in der Nähe von Autobahnanschlussstellen durch Personalumschichtungen innerhalb der Behörde noch weiter zu intensivieren. Dabei wird Personal aus anderen Abteilungen abgezogen.

Führt das nicht zwangsläufig zu einer höheren Belastung des Personals in anderen Abteilungen? Brauchen wir nicht schlichtweg mehr Personal?

Was die Belastungen angeht – das ist nicht von der Hand zu weisen. Die Gewerkschaft der Polizei mahnt bereits seit Jahren an, dass wir mitten in einer Pensionierungswelle stehen, die vom Land NRW nicht durch notwendige Neueinstellungen gedeckt wird. Das führt auch in der Kreispolizeibehörde dazu, dass wir bis zum Jahr 2025 ungefähr 25 bis 30 fehlende Polizeibeamte haben werden. Als CDU stehen wir in dieser Frage klar an der Seite der Polizei. Unsere Rufe werden in NRW nur nicht gehört. Innenminister Jäger reagiert hingegen mit Alarmismus auf die Anschläge von Paris und will bis 2017 385 Polizisten beim Staats- und Verfassungsschutz einstellen. Das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Bis 2025 fehlen vor Ort in den Polizeiwachen 3.500 Polizeibeamte. Auf dieser Baustelle passiert viel zu wenig. Da müssen wir die Landesregierung an ihre eigentlichen Aufgaben erinnern!

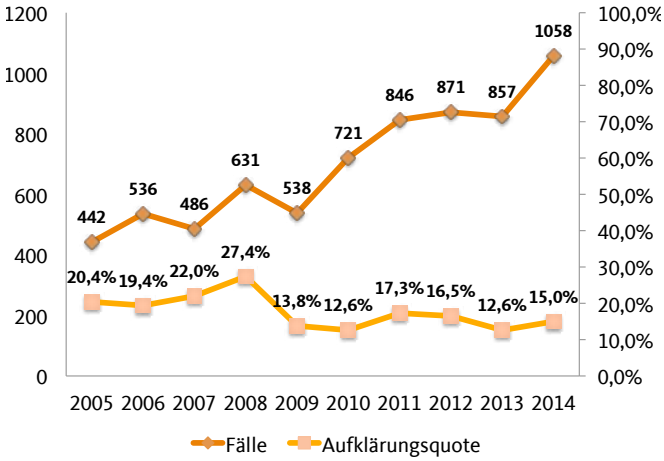
Sind wir Bürger denn bei der Polizei im Kreis in guten Händen?

Wird genug getan?

Da bin ich absolut von überzeugt! Unsere Polizisten in den Streifenwagen und in den Kommissariaten leisten gute Arbeit – häufig bis ans Limit. Die Aufgaben und damit auch die Belastungen für den einzelnen Polizeibeamten sind in den letzten Jahren stetig gewachsen. Leider ist das auch am Krankenstand zu bemerken. Vor Ort gibt es aber keinen Grund, unsere Männer und Frauen in Uniform zu kritisieren. Es wird schnell und flexibel auf jede geänderte Sicherheitslage reagiert. Das sieht man auch an den guten Zahlen in anderen Deliktfeldern. Probleme wie der Wohnungseinbruchsdiebstahl kommen allerdings von außen auf uns zu – sie sind kein hausgemachtes Problem! Das sieht man auch an der hohen Zahl von Nicht-Deutschen an den Tatverdächtigen!

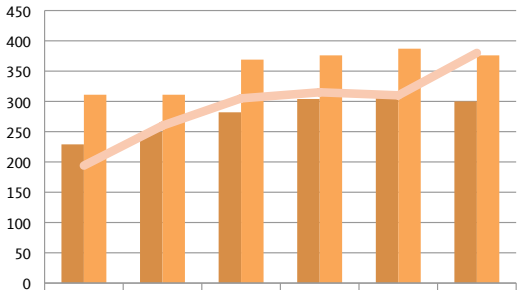
Foto: KatarzynaBialasiewicz (istockphoto), Manfred Esser, CDU

Abb. 1: Zahl der Wohnungseinbrüche & Aufklärungsquote



Quelle: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik des Rheinisch-Bergischen Kreises 2014

Abb. 2: Häufigkeitszahlen Wohnungseinbrüche



	2009	2010	2011	2012	2013	2014
NRW	229	250	282	304	308	300
Regierungsbezirk	311	311	369	376	387	376
Kreispolizeibehörde	194	260	305	315	310	380

Quelle: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik des Rheinisch-Bergischen Kreises 2014

Gibt es für 2015 Grund zur Hoffnung?

Die zusätzlichen Anstrengungen der Polizei vor Ort werden sicherlich nicht folgenlos bleiben. Keiner weiß jedoch, wie sich die organisierten Banden konkret verhalten werden. Die zusätzlichen Anstrengungen im letzten Jahr haben schließlich auch keine Trendwende gebracht. Daher brauchen wir zusätzliche Impulse der Landesregierung. Mehr Personal und den Einsatz neuer Fahndungssoftware zur vorhersehenden Kriminalitätsbekämpfung wie „Predictive Policing". In Köln soll diese Technik bald in einen Probebetrieb gehen. Wenn die Software dort erfolgreich ist, werden die Einbrecher sicherlich Gebiete suchen, wo das Risiko geringer ist. Wieso dann nicht im verkehrsgünstig gelegenen Rheinisch-Bergischen Kreis? Deswegen brauchen wir die Software auch bei uns!

Klaus-Dieter Becker
ist Kreistagsabgeordneter und Vorsitzender des Polizeibeirates des Rheinisch-Bergischen Kreises

Predictive Policing – CDU fordert Precobs für den Kreis!

Was die Technik kann, wo sie erfolgreich eingesetzt wird, warum die Kreis-CDU sie fordert und warum die Landesregierung auf dem Holzweg ist!

von Uwe Pakendorf

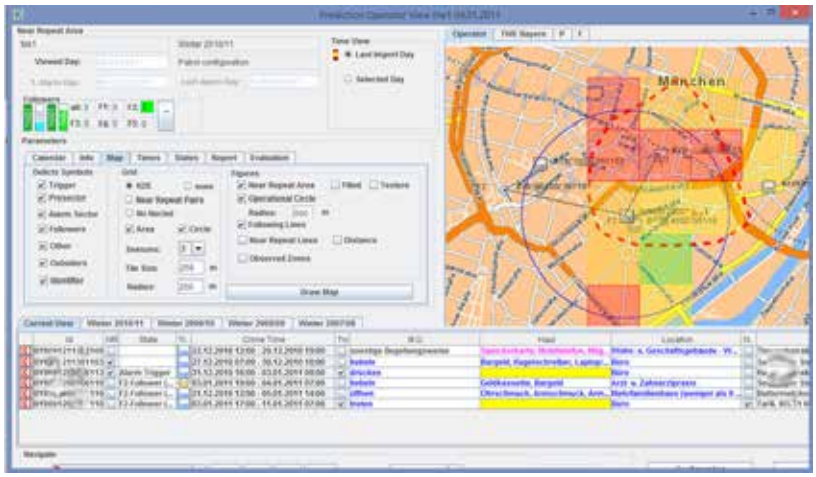
Drei sogenannte Precogs sagen in dem Hollywood-Blockbuster Minority Report Verbrechen voraus bevor sie geschehen. Die Precogs erklären den Polizisten was passieren wird und der Täter wird überführt, bevor er die Tat ausüben kann - soweit die Sciencefiction. In Zürich und Basel jagt die Polizei Einbrecherbanden und das mit einer neuartigen Analysesoftware namens Precobs – die Entwicklung eines deutschen Unternehmens aus Oberhausen – soweit die Realität in der Schweiz seit 2013.

Precobs steht für precrime observation system, was soviel heißt wie vorhersehendes Observationssystem für Verbrechen. Was precobs kann, klingt zwar nach Sciencefiction, ist aber eine in Erprobung befindliche und neben den Polizeibezirken in Basel-Land und Zürich auch in Mittelfranken und München eingesetzte Methode, organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

Wie funktioniert diese Software?

Das Funktionsprinzip ist grundsätzlich nicht sehr schwierig zu verstehen. Nach Einbrüchen, die einem bestimmten Muster entsprechen, meldet sich das System und kündigt weitere Taten in der Umgebung an. Dieses Verfahren beruht auf der Theorie der Near Repeat Prediction (Nahraum-Wiederholungs-Vorhersage). Dabei analysiert die Software alle in den letzten fünf Jahren aufgetretenen Delikte und filtert sowie sortiert sie entsprechend gleicher Deliktsmerkmale. Darunter fallen Daten wie die Art des Deliktguts, ob die Einbrecher ins Ein- oder Mehrfamilienhaus eingestiegen sind, die Einbruchsadresse, die Art des Einbruchs (zum Beispiel ein Einbruch mit Brechstange oder Schraubenzieher) sowie die Einbruchszeit. Nach einem erneuten Einbruch vergleicht die Analysesoftware den Einbruch mit anderen Einbrüchen, die innerhalb der letzten 72 Stunden in einem gewissen Gebiet aufgetreten sind. Findet es mindestens ein weiteres Delikt, dass in diesem Raum in der entsprechenden Zeit nach denselben Merkmalen begangen wurde, löst es Alarm aus.

Mit den Informationen der Software ausgestattet, werden Einsatzkräfte der Polizei gezielt in einem Umkreis von 400 Metern um den ausgelösten Alarm gelenkt. Sie zeigen Präsenz und stören dabei die Einbrecher bei der Arbeit. Wenn die Täter gefasst werden sollen, rücken Zivilfahnder aus und bereiten polizeiliche Zugriffe vor.



Bildschirmfoto der Precobs-Software mit Gefährdungsbezirken *Abbildung: IFMPT*

Rückgänge von 30 Prozent beim Wohnungseinbruch gemessen

Seit November 2013 setzt die Stadtpolizei Zürich die Software Precobs ein und seitdem sinkt die Zahl der Einbrüche. Ein Sprecher der Stadtpolizei Zürich berichtete Anfang dieses Jahres gegenüber der Presse, dass seit dem Einsatz der Software sieben Prozent weniger Einbrüche auf das gesamte Stadtgebiet bezogen zu verzeichnen gewesen seien. In den sieben Stadtgebieten in denen die Software gezielt eingesetzt wurde, konnten sogar Rückgänge von über 30 Prozent gemessen werden.

Die Erfahrungen der Züricher Polizei zeigen, dass der Einsatz der Software den Polizisten dabei hilft, Analysezeit einzusparen und Einsatzkräfte zielgerichtet und damit effizient einzusetzen.

Auch der bayerische Innenminister Joachim Herrmann lobt die ersten Erfahrungen mit Precobs als sehr vielversprechend. Aufgrund der „Alarmmeldungen“ konnten in München und Mittelfranken bereits erste Einbrecher geschnappt werden. „Ich bin optimistisch, dass sich Precobs bei uns weiterhin bewährt und gegebenenfalls auf ganz Bayern ausgeweitet werden kann“, so Herrmann mit Blick auf die bis März 2015 laufende Machbarkeitsstudie.

Mit dem System lassen sich allerdings nur organisierte Verbrecherbanden aufspüren. Nur diese zeigen entsprechende Verhaltensmuster, die mithilfe der Software vorausberechnet werden können. Wegen der Häufigkeit von Einbruchsdiebstählen und der weitestgehend bandenmäßigen Organisation ist die Software bei der Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Vorhersage dieser Deliktsart so erfolgreich.

Datenschutzbeauftragte sehen Precobs unkritisch

Bei dem Thema des Datenschutzes sieht man bei der Züricher Polizei keine Probleme. Schließlich werden keine personenbezogenen Daten für die Verwendung der Software benötigt. Dies wurde auch jüngst durch den Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Dr. Thomas Petri, bescheinigt: „Das derzeit verwendete Analysesystem ist in der aktuellen Ausgestaltung datenschutzrechtlich nicht zu beanstanden.“ Einschränkungen von Freiheitsrechten der Bürger, wie dies durch diverse Medien prophezeit wurde, seien durch den Einsatz der Software nicht zu befürchten.

Die ersten Pressemeldungen in deutschen Medien über den erfolgreichen Einsatz der Software aus Oberhausen im Laufe des letzten Jahres waren für die CDU im Rheinisch-Bergischen Kreis der Grund, den Entwickler der Software Precobs, Dr. Thomas Schweer, in den Kreisvorstand einzuladen (vgl. CDUinform Nr. 29, 4/2014 Seite 7). Auch Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke (in seiner Funktion auch Chef der Kreispolizeibehörde), die CDU-Mitglieder des Kreispolizeibeirates und

der Leiter der Kreispolizeibehörde Manfred Frorath waren bei dieser Sitzung anwesend. Schnell setzte sich nach dem Vortrag von Herrn Dr. Schweer die Auffassung bei allen Teilnehmern durch, dass diese Software auch im Rheinisch-Bergischen Kreis erfolgreich eingesetzt werden könnte.

CDU Rheinisch-Bergischer Kreis fordert Einsatz der Software im Kreisgebiet

Kurz zuvor wurde zudem bekannt, dass auch die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen in den Polizeipräsidien Köln und Duisburg beabsichtigt, die Predictive Policing-Methode in einem Probebetrieb einzusetzen. Anfang Januar 2015 schrieben daraufhin unsere Landtagsabgeordneten Rainer Deppe und Holger Müller NRW-Innenminister Ralf Jäger mit der Bitte an, den Probebetrieb der entsprechenden Technik auch auf das Gebiet der Kreispolizeibehörde Rheinisch-Bergischer Kreis auszuweiten. Wie auch schon der Leiter der Kreispolizeibehörde Manfred Frorath, der zuvor verwaltungsintern eine entsprechende Anfrage gestartet hatte, erhielten auch unsere beiden Landtagsabgeordneten eine Absage zur Ausweitung des Probebetriebs auf unseren Kreis. Begründung war der „zu große Projektaufwand“, den eine Ausweitung verursachen würde.

Besonderen Auftrieb erhält das Thema durch die am 11. März veröffentlichte polizeiliche Kriminalitätsstatistik für den Kreis. Diese weist alarmierende Steigerungen bei den Wohnungseinbrüchen aus. Alleine im Jahr 2014 wurden 23 Prozent mehr Fälle registriert. Im Fünfjahresvergleich stiegen die Zahlen des versuchten und vollendeten Wohnungseinbruchs im Rheinisch-Bergischen Kreis um 97 Prozent an, während die Zahlen im Landesschnitt nur um 18 Prozent zulegten. Der einseitige Probebetrieb einer Analysesoftware im angrenzenden Bezirk des Polizeipräsidiums Köln (umfasst die Städte Köln und Leverkusen) lässt zudem befürchten, dass Einbrecher zukünftig stärker auf das Umland ausweichen. Sollte der Effekt eintreten, wären bei landesweit gleichbleibender Belastung durch Wohnungseinbruchsdiebstähle weitere Steigerungen im Rheinisch-Bergischen Kreis zu befürchten – eine Entwicklung, die die Kreis-CDU nicht hinnehmen will. Bereits in der Schweiz konnten solche Verdrängungseffekte durch den massierten und gezielten Polizeieinsatz in Zürich und Basel-Land beobachtet werden, berichten Polizeiverantwortliche vor Ort. Aus diesem Grund haben Rainer Deppe und Holger Müller kurz vor Erscheinen der CDUinform noch einmal Innenminister Jäger unter Hinweis auf die enorm verschlechterte Sicherheitslage im Kreis angeschrieben.

Near Repeats in der Wissenschaft

Nach der wissenschaftlich anerkannten Near-Repeat-Theorie ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Delikt (z.B. ein Einbruch) in einem begrenzten Raum wiederholt auftritt, besonders hoch, wenn Delikte derselben Art in einem definierten Zeitabstand und einem eingegrenzten Raum zuvor mindestens schon einmal aufgetreten sind. Gemäß eines speziell programmierten Algorithmus berechnet die Software die Wahrscheinlichkeit des wiederholten Auftretens desselben Verbrechens für die Zukunft. Einmal konfiguriert, lässt sich das System auf die Gegenwart und die Vergangenheit anwenden und kann damit die potentiellen Erfolgsquoten eines Verbrechens bestimmen. Diese Erfolgsquoten fließen wieder in das Analyseverfahren selbst ein. Nur in der Vergangenheit erfolgreich verübte und vorhergesagte Delikte in dem vorhergesagten Gebiet fließen wieder in das Gesamtverfahren ein. Anhand dieses Verfahrens lernt das System die Muster der Verbrecher kennen und verbessert damit ständig seine Vorhersagewahrscheinlichkeit. Trefferquoten von 80 Prozent wurden in den vorausberechneten Gebieten mit der Methode gemessen.

Foto: pixelio, Tim Reckmann

NRW geht Sonderweg mit Potential zur Sackgasse

Inzwischen wurden allerdings auch die Ausschreibungskriterien des Landes NRW für die Pilotbezirke der Polizeipräsidien Köln und Duisburg bekannt. Dabei will man nicht auf die Erfahrungen aus Bayern oder der Schweiz zurückgreifen, sondern ein vollständig eigenes Versuchsprojekt aufbauen. Entgegen der ursprünglich über die Presse verlautbarten Projektierung des Pilotprojekts auf die erfolgversprechende Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls soll die ausgeschriebene Software nun flexibel auf andere nicht näher spezifizierte Deliktfelder ausgedehnt werden – und das ohne zusätzlichen Programmieraufwand innerhalb der Behörde. Von einer Polizeitagung wurde jüngst berichtet, dass unklar sei, welche Daten die Software in NRW für entsprechende Analysen überhaupt verwenden solle. „Das werden wir im Verlauf des Projekts sehen“, heißt es nebulös aus der Spitze des LKA. Tatorte, Tatzeiten, Falldateien, auch unstrukturierte Aufzeichnungen werden auf jeden Fall verwendet, sagt Landeskriminaldirektor Schürmann. Zudem sollen möglichst schnell Echtzeitdaten eingespeist werden können, wie etwa zum Wetter, womöglich auch Angaben zum Energie-, Wasser- und Stromverbrauch, „Auslastung von Kommunikationsnetzen“, also Telefon und Internet, sowie Verkehrsaufkommen.

Nicht nur, dass diese Ausschreibung an eine eierlegende Wollmilchsau erinnert – entgegen der Precobs-Software, die in der Schweiz und in Bayern eingesetzt wird, bestehen gegen die Ziele der Landesregierung, Daten von Nicht-Straftätern zu benutzen, durchaus datenschutzrechtliche Bedenken. Die Entwickler der Precobs-Software haben aufgrund der vorliegenden Ausschreibungskriterien eine Beteiligung an dem Ausschreibungsverfahren abgelehnt. Sie fürchten, dass die Software überfordert und dadurch das erworbene Renomée gefährdet werden könnte. Ein Erfolg sei bei einer derartigen Ausweitung und Flexibilisierung der Anwendungsbereiche nicht sicherzustellen.

Damit geht NRW in der Frage des Predictive Policing einen Sonderweg, von dem unsicher ist, ob er überhaupt zum Erfolg führt. Ein Aufschrei von Datenschützern wird ebenso vorprogrammiert sein – eine Diskussion, die das Potential hat, in der öffentlichen Meinung verbrannte Erde zu hinterlassen. Und zu guter Letzt wird wieder viel Zeit ins Land streichen, bis überhaupt messbare Ergebnisse produziert werden. Zeit, die den zukünftigen Opfern von Einbruchsdiebstählen im Land und im Rheinisch-Bergischen Kreis fehlt. Es stellt sich nur eine Frage: Wann kommt diese Landesregierung bei Fragen der inneren Sicherheit endlich zur Vernunft? Durch eigene Fehlentscheidungen droht NRW wieder einmal abgehängt zu werden.

Uwe Pakendorf

ist Pressesprecher der Kreis-CDU und Redaktionsleiter von CDUinform.

Entschlossen gegen Islamismus

„Der islamistische Terrorismus ist zurzeit die größte Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland." Auf diese Gefahrenlage weist Verfassungsschutzpräsident Dr. Maaßen seit geraumer Zeit hin – und mit den verheerenden Anschlägen von Paris und Kopenhagen hat der Satz ein nie dagewesenes Maß an Aktualität erhalten. Die Gründung des sogenannten Islamischen Staates (IS) im Nahen Osten hat eine Sogwirkung entfaltet, die die Sicherheitsbehörden der westlichen Welt in Atem hält. Allein von Deutschland aus sind seit 2012 mindestens 600 Islamisten in Richtung Syrien und Irak ausgereist, um sich dort dem Dschihad anzuschließen, um militärisch ausgebildet zu werden und sich an Kampfhandlungen in der Region zu beteiligen. Dies birgt auch für Deutschland hohe Risiken: Wir müssen befürchten, dass die kampferprobten Rückkehrer in Deutschland aktiv werden und Anschläge planen. Allerdings ist die Sorge vor Anschlägen auf unserem Boden nur ein Teil der Folgen der Reisebewegungen. Staatliche und zivile Strukturen in den Krisengebieten selbst werden durch immer mehr Kämpfer immer weiter destabilisiert, terroristische Strukturen vor Ort werden gestärkt. All dies hat den UN-Sicherheitsrat veranlasst, am 24. September 2014 eine Resolution zu verabschieden, die uns völkerrechtlich verpflichtet, alle rechtlich zulässigen und tatsächlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausreise von weiteren Dschihadisten aus Deutschland in die Krisenregionen zu unterbinden.

Zwei Maßnahmen im Sinne dieser Resolution haben wir bereits auf den Weg gebracht. Erstens: Passentziehende Maßnahmen gibt es im Passgesetz schon seit Jahrzehnten. Sie werden beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch regelmäßig angewandt, und zwar immer dann, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass jemand ausreist zu dem Zweck, im Ausland Straftaten/Gewalttaten zu begehen. Eine solche Möglichkeit wird nun zusätzlich in das Personalausweisgesetz aufgenommen. Notwendig ist das, weil die Ausreise in die IS-Kampfgebiete heute überwiegend über die Türkei erfolgt, hier benötigt man jedoch keinen Reisepass, sondern nur einen Personalausweis. Zweitens: Wir planen eine entscheidende Verschärfung des Strafrechts. § 89a Strafgesetzbuch, also der Tatbestand der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, soll erweitert werden: Künftig wird auch das Reisen oder der Versuch des Reisens mit terroristischen Motiven als Vorbereitungshandlung einer terroristischen Tat unter Strafe gestellt. Geplant ist daneben die Schaffung eines eigenen Straftatbestandes der Terrorismusfinanzierung, der schon bei kleinsten Summen, die in die Unterstützung des Terrorismus fließen, greifen wird.

Eine Selbstverständlichkeit ist, dass wir uns weiterhin für mehr Sicherheitskräfte stark machen, aber auch mehr in den Bereich Prävention investieren müssen. Die Union setzt sich darüber hinaus dafür ein, nach wie vor vorhandene Schutzlücken zu schließen. Wir treten dafür ein, die Sympathiewerbung für Terrorvereinigungen wieder unter Strafe zu stellen. Außerdem brauchen wir endlich eine klare Regelung für Mindestspeicherfristen. Bleibt abzuwarten, wie unser Koalitionspartner sich hierzu dauerhaft positionieren wird. Sicherlich gibt es keine Maßnahme, die im Kampf gegen den islamistischen Terror hundertprozentigen Schutz bietet - dennoch müssen wir wirklich alles tun, was in unserer Macht steht, um Terroranschläge zu verhindern.

Foto: Manfred Esser

Wolfgang Bosbach ist seit 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Wolfgang Bosbach MdB
Wahlkreisbüro
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach
Tel: 02202-9369530, Fax: 932700
E-Mail: wolfgang.bosbach@wk.bundestag.de
www.wobo.de

Die neue griechische Regierung arbeitet unprofessionell

Wir haben Spanien, Portugal, Irland, Zypern und Griechenland unter die Arme gegriffen. Das war umstritten – aber richtig. Europa ist zusammengeblieben, der Rest der Welt nimmt Europa ernst, die Finanzmärkte haben den Euro nicht in die Knie gezwungen, die meisten Problemstaaten haben Tritt gefasst, die Methode einer sparsamen Haushaltspolitik und Strukturreformen haben in Europa an Zustimmung gewonnen, neue Regeln zur Haushaltsdisziplin und Überwachung sind eingeführt worden. Ein Problem aber bleibt: Griechenland - obwohl auch die Griechen auf gutem Weg waren. Aber es gibt eine neue politische Führung, und die will sich nicht an Verabredungen und geltende Regeln halten. Die neue Regierung ist unprofessionell, handelt verantwortungslos und setzt das Wohl der eigenen Bevölkerung aufs Spiel. Aber mit Kritik allein kommen wir nicht weiter. Ich habe mich eingemischt in Brüssel und Berlin. Einiges wurde geschafft, z.B., dass die gesamte EVP-Fraktion geschlossen auf die Einhaltung der Regeln drängt, dass Wolfgang Schäuble im Rat alle Länder gegen die neue griechische Regierung zusammenhält. Das Ergebnis war: die neue griechische Regierung hat die Weiterführung bestehender Programme beantragt und akzeptiert damit deren Regelwerk. Das reicht nicht, ist aber ein wichtiger Schritt. Jetzt geht es darum, wie es weitergeht. Das liegt in der Hand der griechischen Regierung. Und wir im Europäischen Parlament, in der EU-Kommission und in der deutschen Regierung dürfen nicht wackeln. Und damit meine ich bei den zentralen Regeln. Wie die Griechen ihren Haushalt in Ordnung bringen, wie das europäische Kontrollgremium heißt, und welche Strukturreformen sie realisieren, ist nicht entscheidend. Aber es gilt: Hilfe gibt es nur, wenn reformiert und gespart wird. Ich könnte viele Geschichten über skandalöses Verhalten der jetzigen griechischen Regierung erzählen und klagen. Ich bin aber gewählt, um dazu beizutragen, Fortschritte zu erzielen, beschlossene Regeln einzuhalten und das europäische Projekt zu sichern und weiterzuentwickeln. Europa hat Konkurrenz und der Rest der Welt schläft nicht. Die Griechen müssen entscheiden, ob sie dabei bleiben wollen oder nicht – und zwar zu den verabredeten Regeln. Eine wichtige Grundlage dafür ist, dass alle Fakten auf den Tisch kommen und nicht getrickst wird.

Herbert Reul MdEP ist seit 2012 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Herbert Reul MdEP
Europa-Büro
Am Stadion 18-24, 51465 Bergisch Gladbach,
Tel: 02202 - 93695-55, Fax: -61
E.Mail: h.reul@herbert-reul.de
www.herbert-reul.de
/HerbertReul

Bekenntnisschulen erhalten

„Die Bekenntnisschulen riskieren zukünftig ihren Status, denn sie tragen zur gesellschaftlichen Spaltung bei, und es kann nicht sein, dass gesellschaftliche Spaltung gefördert wird“, so die Landtagsabgeordnete und Schulpolitische Sprecherin der Grünen Sigrid Beer im Jahr 2010. Im Jahr 2015 hört sich die Rhetorik weicher an: „Die Initialzündung besteht genau darin, dass Schulträger jetzt gemeinsam mit Eltern ihre Standorte neu ordnen können und die Schulträger auch das entsprechende Recht haben“, und: „(Wir wollen) in den Bekenntnisschulen dafür sorgen, dass dort nicht nur „Bekenntnisschule“ draufsteht, sondern auch ein entsprechendes Profil vorhanden ist.“

Diese Rhetorik ist Hohn! Denn die Änderungen am Gesetz zielen nicht auf eine Schärfung des Profils von Bekenntnisschulen – sie zielen einzig und allein darauf, die gesetzlichen Hürden für die Abschaffung von Bekenntnisschulen zu senken. Die Rhetorik hat sich gewandelt, die Methoden sind wie so häufig indirekter Natur, das Ziel bleibt gleich.

Dabei sind Bekenntnisschulen bei Eltern beliebt. Sie bieten den Schülern im Schnitt bessere Voraussetzungen für eine gute Bildung und vermitteln die Glaubensgrundsätze eines Bekenntnisses grundlegender, als durchschnittlich die Gemeinschaftsgrundschulen – das betonten zumindest Experten aus Elterninitiativen während der Gesetzesanhörung.

Bei der Gesetzgebung im Landtag geht es vordergründig darum, sich den gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen. Diesem Anpassungsdruck beugen sich inzwischen leider auch die Kirchen. In Wirklichkeit zielt dieses Schulrechtsänderungsgesetz darauf ab, unsere Gesellschaft aktiv zu verändern – sie laizistischer und egalitärer zu gestalten.

In den 876 katholischen und 73 evangelischen Bekenntnisschulen in NRW wird kein Kind staatlich diskriminiert! Die Kirchen haben ausschließlich Einfluss auf die Gestaltung des Religionsunterrichts und schulische Begleitveranstaltungen. Darüber hinaus gilt das Elternwahlrecht. Wenn es darum geht, in den 81 Kommunen, die ausschließlich Bekenntnisschulen haben, eine Lösung für die Eltern der Kinder zu finden, die keine Bekenntnisorientierung befürworten, hätte man dazu Einzelfalllösungen finden können. Rot-Grün ging es bei der Senkung der Quoren für die Einleitung einer Elternabstimmung und der Senkung der Mehrheit bei dem anschließenden Abstimmungsverfahren ein-

Foto: Manfred Esser

Rainer Deppe ist seit 2005 Mitglied im Landtag NRW.

zig und allein darum, diese Schulform Stück für Stück zurückzudrängen. Diese Intention widerspricht meiner Grundüberzeugung! Daher habe ich mich bei dieser Abstimmung im Landtag als einziger Abgeordneter meiner Fraktion nicht enthalten, sondern mit „Nein“ gestimmt.

Rainer Deppe MdL
Landtagsbüro
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel. 0211-884-2340, Fax -3227
E-Mail: rainer@deppe-direkt.de
www.deppe-direkt.de
/rainer.deppe.mdl
@rainer.deppe.mdl

Mindestlohn: Klarstellung für Sportvereine

Dringend notwendig war die Klarstellung in Sachen Mindestlohn im Bereich des Sports. Viele Sportvereine hatten sich über die Sportbünde bis an höchste Stelle über unklare Regelungen beschwert.

Erst ein Spitzengespräch zwischen dem Deutschen Olympischen Sportbund und dem

Foto: Manfred Esser

Holger Müller ist seit 2005 Landtagsabgeordneter für Bergisch Gladbach und Rösrath.

Deuschen Fußball-Bund mit Arbeitsministerin Andrea Nahles brachte die Klarheit, die gleichzeitig Entwarnung bedeutet.

Das Problem, dass viele Vertragsamateure (gerade im Fußball) als Mini-Jobber bei ihrem Verein angestellt sind, ist keines, wenn der Sport im Vordergrund steht und nicht die finanzielle Gegenleistung. Davon ist im Falle von geringfügig beschäftigen Sportlern zu sprechen, die in der Regel zwischen 200 und 450 Euro pro Monat von ihrem Verein erhalten. Da man von diesen Beträgen nicht leben kann, steht die sportliche Seite klar im Vordergrund und nicht der Broterwerb. Daher muss an die Vertragsamateure auch kein Mindestlohn bezahlt werden und auch die Dokumentationspflicht gilt nicht.

Bei Vertragsspielern oberhalb der Minijob-Grenze muss übrigens im Einzelfall geprüft werden. Grundsätzlich gilt, je höher die gezahlte Vergütung ist, desto eher ist von einer Erwerbstätigkeit auszugehen, die unter die Bestimmungen des Mindestlohns fallen.

Auch für Übungsleiter und Trainer gilt der Mindestlohn in der Regel nicht, solange die nach dem Steuerrecht anerkannte Übungsleiterpauschale von 2.400 Euro im Jahr nicht überschritten wird. Dieser Personenkreis ist in der Regel zudem auch nicht als Minijobber angemeldet.

Und auch für sonstige Tätigkeiten in Sportvereinen gibt es jetzt mehr Klarheit: wer nur an einigen Stunden wöchentlich eine Sportanlage unterhält, Trikots wäscht oder eine ähnliche Tätigkeit ausübt und dafür eine Aufwandsentschädigung oder Auslagenersatz erhält, gilt noch als ehrenamtlich Tätiger.

Wer aber für einen Verein arbeitet und dies offensichtlich nicht als ehrenamtliches Engagement, sondern zum Gelderwerb tut, der ist Arbeitnehmer und fällt unter die Mindestlohnregelungen. Übrigens: wer z.B. einige Stunden in der Vereinsverwaltung arbeitet und dafür bezahlt wird, ansonsten aber ehrenamtlich Übungsleiter ist, sollte dies strikt trennen. Denn nur für den Teil, der als Erwerbstätigkeit anzusehen ist, gilt der Mindestlohn.

Damit wurde noch einmal klargestellt, was bereits in der parlamentarischen Beratung zum Mindestlohngesetz von den Abgeordneten im Deutschen Bundestag klar gefordert wurde, nämlich das Ehrenamt im Sport von den Regelungen des Mindestlohns auszunehmen. Diese Sicherheit bringt Ruhe und Klarheit für die vielen Sportvereine in unserem Land.

Holger Müller MdL
Landtagsbüro
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf
Tel: 0211 - 884-2263, Fax: -3368
Mail: holger.mueller@landtag.nrw.de
www.klartext-mueller.de
/Holger.Mueller.MdL
@klartextmueller

Pflege wird strategisches Thema im Kreis

von Sylvia Wöber-Servaes

Das Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) ist ab dem 01.01.2015 durch das „Erste Pflegestärkungsgesetz“ (PSG I) vom Bundestag geändert worden. Dadurch ergeben sich auch im Rheinisch-Bergsichen Kreis neben den wesentlichen Leistungsverbesserungen zur Stärkung und Entlastung pflegender Angehöriger sowie zur Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf Veränderungen im Bereich der Auswirkung auf die Sozialhilfeleistungen, die geringe Nettoaufwendungen für den Kreishaushalt verursachen.

Parallel dazu sind auf Landesebene das Alten- und Pflegegesetz (APG) und das Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) seit 1.1.2015 in Kraft getreten. Diese neue Gesetzgebung hat erhebliche Auswirkungen auf die Pflegeinfrastruktur, die integrierte Quartiersentwicklung (APG) sowie auf das Wohn- und Teilhabegesetz. Neben der Zielgruppenerweiterung führt das Gesetz zu einer erheblichen Aufwertung der kommunalen Pflegekonferenz, die nun „Kommunale Konferenz Alter und Pflege“ heißt. Diese Konferenz geht einher mit einer Ausweitung der kommunalen Steuerungsmöglichkeiten in der Alten- und Pflegepolitik. Ein wichtiger Baustein ist die Möglichkeit zur Integration von externen Akteuren im Bereich der Konferenz und die Einflussnahme auf die Pflegeplanung. Damit rückt für den Kreis die Schaffung von altersgerechten Quartieren und die Weiterentwicklung der örtlichen Angebote in den Fokus. Die neuen Gestaltungsmöglichkeiten will der Kreis gemeinsam mit den Kommunen erörtern. Sollte eine kreisweite Kooperation in diesem Themenfeld zwischen Kreis und Kommunen möglich sein, ergäben sich weitreichende Möglichkeiten zur Ausgestaltung einer integrierten Pflegeplanung in Zusammenarbeit mit allen am Markt befindlichen Akteuren. Besonders der Quartiersentwicklungsgedanke könnte in diesem Kontext in den Vordergrund rücken.

Die CDU-Fraktion im Kreis ist gewillt, diesen neuen Gestaltungsschritt gemeinsam mit den Kommunen in Angriff zu nehmen. Wichtig ist und bleibt auch in dieser Frage, dass sich der Kreis als Dienstleister für die Kommunen versteht.

Syvia Wöber-Servaes
ist Kreistagsabgeordnete und Sprecherin der CDU-Fraktion für Arbeit, Soziales und Gesundheit

RBK 2020 geht in die nächste Phase

von Erika Gewehr

Der Strategieprozess, der 2009 ins Leben gerufen wurde, geht in die nächste Phase und erhält ein „plus“ als Zusatz. Viele Projekte wurden bereits angestoßen, Namentlich wurden ein Integrationskonzept, ein Reitroutenkonzept, ein Wohnungswirtschaftliches Handlungskonzept, das Projekt „Im Kreis wachsen Kinder gesund und sicher auf“, viele Einzelprojekte aus dem Energiesparkreis wie das Solardachkataster, ein Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf und ein Masterplan Breitbandversorgung zur Erschließung unterversorgter Gewerbegebiete in laufendes Verwaltungshandeln überführt – sprich erfolgreich umgesetzt. Das Breitbandkonzept, der Energiesparkreis und das Übergangsmanagement Schule/Beruf erhielten sogar Auszeichnungen oder wurden im Rheinisch-Bergischen Kreis als Modellprojekte initialisiert.

Nun geht es weiter. Der Zukunftsausschuss hat in seinen ersten beiden Sitzungen nach der Kommunalwahl – final entschieden in der letzten Kreistagssitzung – die Fortführung des erfolgreichen Strategieprozesses beschlossen. Das koordinierte Übergangsmanagement wird auf den Übergang von der Schule zum Studium und weiter zum Beruf erweitert. Das zdi-Netzwerk mit dem Schwerpunkt auf MINT-Fächer wird weiter qualifiziert und die Verknüpfung zum Bildungsstandort :aqualon an der Dhünn-Talsperre ausgebaut. Die Förderung nachberuflicher Aktivitäten wurde als Antrag der CDU und Senioren Union mit in den Strategieprozess ebenso übernommen, wie das Modul Fahrradfahren mit dem ersten Umsetzungsschritt des Agger-Sülz-Radeweges in das Projekt des Freizeitwegenetzes integriert wurde. Weitere Entwicklungsschritte des Erneuerbare Energien Kreis folgen ebenso, wie die Fortsetzung der Tourismusförderung im Bergkonzept (letzter Stand 2.0).

Während der Haushaltsberatungen zum Haushalt 2015 stellte die neue Koalition von CDU und Grünen ergänzend die Anträge für einen flächendeckenden Breitbandausbau im Rheinisch-Bergischen Kreis und den Startschuss zur Erstellung eines Mobilitätskonzepts für den Kreis (CDUinform berichtete Ausgabe 4/2014). Damit will der Kreistag unter Führung von CDU und Grünen sicherstellen, dass der Rheinisch-Bergische Kreis in wichtigen Zukunftsthemen eine Führungsposition unter den Kreisen in NRW behält.

Erika Gewehr
ist Kreistagsabgeordnete und Sprecherin der CDU-Fraktion im Zukunftsausschuss des Kreises

Impressum
Herausgeber: CDU-Kreistagsfraktion Rheinisch-Bergischer Kreis
Verantwortlich: Holger Müller MdL, Fraktionsvorsitzender
Redaktion: Johannes Dünner, Stv. Fraktionsvorsitzender
Büro: Am Rübezahlwald 7, 51469 Bergisch Gladbach
T: 02202-13 2328, F: -2444, E: cdu@rbk-online.de

CDA Bergisch Gladbach

CDA informiert sich über den Landesentwicklungsplan NRW

Zu einem brandaktuellen Thema hatte die CDA Bergisch Gladbach eingeladen. Im architektonisch nach wie vor beeindruckenden Kinderdorf Bethanien diskutierten interessierte Gladbacher die Auswirkungen des neuen Landesentwicklungsplans (LEP) NRW auf ihre Stadt und ihre Region.

Jürgen Liebich, Leiter des Planungsamtes in Mülheim, referierte zunächst detailreich die wichtigsten Fakten zum Plan, unter denen besonders hervorsticht, dass in Ortschaften unter 2000 Einwohnern zukünftig keine weitere bauliche Entwicklung mehr möglich sein soll. Das betrifft in Bergisch Gladbach vor allem die östlichen Stadtteile.

Landtagsabgeordneter Rainer Deppe ergänzte um die jüngste Entwicklung, nämlich das aktuelle Gutachten der „Clearingstelle Mittelstand", das den LEP überaus negativ bewertet, sodass in Düsseldorf die Diskussion über das weitere Verfahren voll entbrannt ist. Deppe wies darauf hin, dass der LEP, wiewohl noch nicht verabschiedet, seit seiner Veröffentlichung bindende Wirkung hat. Verzögerungen bis hin zum Stillstand bei den nachgeordneten Planungen sind die Folge, wie er als Vorsitzender des Regionalrats Köln zu berichten wusste. Unter der Moderation von Dr. Mechthild Scholl, Konrad-Adenauer-Stiftung, diskutierten die Teilnehmer vor allem die weitere wohnungsbauliche und gewerbliche Entwicklung Bergisch Gladbachs, bevor bei einem Imbiss die Veranstaltung ausklang. (sws)

v.l.n.r.: Jürgen Liebich, Mechtild Scholl, Petra Holtzmann, Michael Schulte, Rainer Deppe *Foto: CDA*

EAK-Kreisverband

Diskussion über Tierschutz und palliative Medizin

Im Landesverband des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) ist der Kreisverband mit Margarete Iversen (stellvertretende Landesvorsitzende, Bezirksvorsitzende) und Birgit Fort (Kreisvorsitzende) gut vertreten. Der Landesvorstand diskutiert und erarbeitet Auslegungen für den Bundesvorstand u. a. zu den Themen: Flüchtlinge und Einwanderer, Sterbehilfe, Religionsunterricht und Weitergabe von Wissen christlicher Traditionen, Inklusion und Tierschutz.

Die Kommission Tierschutz tagt dabei regelmäßig unter Beteiligung von Frau Fort und Frau Iversen in Langenfeld.

Anfang Januar fand die erweiterte Vorstandssitzung des EAK RheinBerg statt.

Nachdem im vergangenen Jahr Herr Dr. Joist über die sehr gut arbeitende Spezielle Ambulante Palliative Versorgung (SAPV) in Köln berichtet hat, war diesmal das Hauptthema die palliative hausärztliche Versorgung im Rheinisch Bergischen Kreis. Herr Dr. Wiemer, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung RBK, erläuterte den Anwesenden, wie durch die Hausärzte eine ambulante palliative Versorgung dem Patienten zuteil wird. (bf)

v.l.n.r.: Margarte Iversen, Marlies Homuth-Kenklies, Uwe Schabla, Birgit Fort, Hans Machate *Foto: privat*

Anzeige

Wenn alle den Verbrecher jagen, wer bleibt dann eigentlich beim Opfer.

Das öffentliche Interesse gilt fast ausschließlich nur dem Tatgeschehen, der Persönlichkeit des Täters, seiner Verurteilung. An das betroffene Opfer und seine Situation nach der Tat denkt kaum jemand.

Das muss sich ändern.

Ihre Unterstützung unserer Arbeit gibt vielen Betroffenen neuen Mut und Hoffnung.

Wir brauchen Sie!

JA, ich möchte die Arbeit des WEISSEN RINGS durch meine Mitgliedschaft (schon ab € 2,50 im Monat) unterstützen.

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Unterschrift:

Bitte zurücksenden an:
WEISSER RING e.V.,
Weberstraße 16, 55130 Mainz

A.Nr. 1058

Infos: Weberstr. 16, 55130 Mainz
www.weisser-ring.de

Helfen Sie mit!

Spendenkonto: 34 34 34
Deutsche Bank Mainz
(BLZ 550 700 40)

WEISSER RING
Wir helfen Kriminalitätsopfern.

Junge Union Bergisch Gladbach

Sascha Inderwisch ist neuer JU-Vorsitzender

Foto: privat

Die Teilnehmer der Jahreshauptversammlung am 24. Februar 2015 wählten den 27-jährigen Diplom-Verwaltungswirt Sascha Inderwisch zum neuen Vorsitzenden. Stellvertretende Vorsitzende sind Oliver Griess und Carsten Stobbe. Wiedergewählt wurden Schatzmeister Julian Vielhauer und Schriftführer Andreas Fröhlingsdorf; neuer Geschäftsführer ist Martin Stamm. Den Vorstand komplettieren als Beisitzer Katharina Kohls, Martin Lucke, Kristof Röder, Nikola Uhlmann, Sebastian Werner und David Zenz.

Der Vorstand dankte dem bisherigen Vorsitzenden Martin Lucke, der aus beruflichen Gründen nicht erneut kandidierte, für seine dreijährige Amtszeit. Er bleibt der JU allerdings als Beisitzer und sachkundiger Bürger der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach erhalten.

In den nächsten Monaten steht für die JU in erster Linie das Thema „Verkehr" auf der Agenda. „Wir haben letztes Jahr einige JU-Themen, wie z.B. eine Taktverdichtung der Stadtbahn-Linie 1, in das Wahlprogramm der CDU einbringen können", so der neue Vorsitzende Sascha Inderwisch: „nun wollen wir diese Punkte intensiv weiter verfolgen." Auch bei anstehenden Projekten, wie dem Mobilitätskonzept für Bergisch Gladbach will die JU die Erwartungen der jungen Generation an die Verkehrsplanung gerne einbringen.

Daneben wird es auch in diesem Jahr wieder einige Gemeinschaftsaktionen abseits der Politik geben.

Als Gäste nahmen an der Jahreshauptversammlung Bürgermeister Lutz Urbach, der stellvertretende Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes Manfred Scheibel und der Landtagsabgeordnete Holger Müller teil. (si)

Junge Union-Kreisverband

Besuch im Landtag

Foto: JU

v.l.n.r.: Maurice Winter, Rainer Deppe, Diego Faßnacht, Marco Gaj, Timo Friedrich, Nikola Uhlmann, Sebastian Wurth, Simon Steffen, Holger Müller, Melanie Fischer, Lutz Lienenkämper

Auf Einladung von Holger Müller besuchte der Vorstand der JU Rhein-Berg am 18.03. ihn im Landtag von Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. Nach einer Führung kam es zu einer angeregten Diskussion über die aktuellen landespolitischen Themen. Besonders interessant war die Demonstration der 15.000 Jäger gegen das rot-grüne Jagdgesetz, die am selben Tag stattfand. Außerdem wurden auch kommunalpolitische Themen mit dem Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion diskutiert. Erfreut waren die JU'ler auch über den spontanen Besuch des CDU- Kreisvorsitzenden Rainer Deppe. (df)

Junge Union Kürten

Ein Herz für Kürten an anea-moni

Die Junge Union Kürten verlieh am 20. Januar 2015 zum zweiten Mal die Auszeichnung „Ein Herz für Kürten". Damit sollen jährlich besondere Leistungen im Jugendbereich der Gemeinde Kürten belohnt werden. Die 2014er-Auflage des Preises geht an die Organisation anea-moni, die ihren Sitz in Kürten hat. Der JU-Vorsitzende Timo Friedrich begründete die Wahl: „anea-moni setzt sich für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche in Kürten, aber auch im Rheinisch-Bergischen Kreis und darüber hinaus ein. Die Idee der Organisation, das Selbstbewusstsein der Kinder zu stärken, ihnen Wünsche wie den Besuch eines Sportkurses oder die Teilnahme an einer Ferienfreizeit zu ermöglichen und somit ihre Stärken zu fördern und sie in die Gesellschaft zu integrieren, hat uns überzeugt." Frau von Rymon nahm die Auszeichnung für anea-moni entgegen und freute sich sehr, dass die JU auf die Organisation aufmerksam wurde. Es entwickelte sich ein interessanter Abend, bei dem die anwesenden JUler den Erzählungen von Frau von Rymon lauschten. Sie hofft, dass die Aufmerksamkeit für die Organisation in Zukunft weiter ansteigt, damit Kinder und Jugendliche noch besser unterstützt werden können.

Timo Friedrich (Mitte) übergibt die Auszeichnung an Frau von Rymon *Foto: JU Kürten*

Die JU Kürten wünscht Frau von Rymon, ihrer Mitstreiterin Frau Leduc und anea-moni weiterhin viel Erfolg und nimmt Vorschläge für die 2015er-Auszeichnung gerne unter info@ju-kuerten.de entgegen. (tif)

Die Redaktion von
CDU inform
wünscht allen
Leserinnen und Lesern ....
Frohe Ostern!

Junge Union Leichlingen

Kevin Knoll ist neuer JU-Vorsitzender

Einen neuen Vorsitzenden hat die Leichlinger Junge Union. Der 21-jährige angehende Tourismuskaufmann Kevin Knoll, seit letztem Jahr auch Ratsmitglied der Blütenstadt, folgte bei der Jahreshauptversammlung auf Vanessa Schupmann, die aus beruflichen Gründen nach München zieht. Auch als Dank für ihr Engagement und als Erinnerung an iher Leichlinger Heimat bekam Vanessa Schupmann ein Bild eines heimischen Künstlers zum Abschied geschenkt.

Vanessa Schupmann (Mitte mit Bild) übergab das Amt an Kevin Knoll (rechts neben) ihr. *Foto: privat*

Die Verjüngung des Vorstands setzte sich auch bei den nachfolgenden Wahlen, die der junge Kreistagsabgeordnete Maurice Winter leitete, fort. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Melanie Fischer (24), Sebastian Gebauer (22), Marc Oliver Drechsel (19) sowie Moritz Gebauer (19) in den neuen Vorstand gewählt. Fabian Dreßler (22) wurde in seinem Amt als Schatzmeister bestätigt. Auch Julius Gebauer (22) gelang die Wiederwahl zum Geschäftsführer. Das Amt des Pressesprechers übernimmt Sebastian Seidel (19). Als Beisitzer wählten die Mitglieder Tristan Schröder (26) und Mohammed El Yahyaoui (22). „Ich freue mich sehr, dass im neuen JU-Vorstand eine junge Mannschaft die Verantwortung übernimmt. Ich denke, wir haben ein gutes und motiviertes Team gefunden“, so Kevin Knoll nach seiner Wahl. (sts)

CDA Wermelskirchen

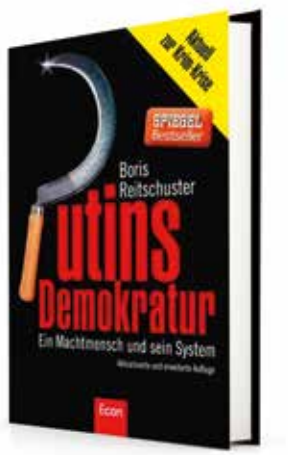
Besuch bei Rainer Deppe im Landtag

Auf Einladung des CDA-Stadtverbandes Wermelskirchen reisten 45 Wermelskirchener Bürgerinnen und Bürger mit dem CDA-Vorsitzenden Stefan Leßenich in die Landeshauptstadt Düsseldorf.

Erster Programmpunkt war das Besucherzentrum der Börse Düsseldorf. Hier lernten die Besucher aus erster Hand den Ablauf sowie die Hintergründe des Börsengeschehens kennen. So konnten die Interessierten erfahren, wie eine Börse heute funktioniert und einen Blick hinter die Kulissen des modernen Handels werfen. Anschließend besichtigten die Wermelskirchener den Landtag NRW. Nach einem Rundgang durch das Gebäude wurden die Teilnehmer vom CDU-Landtagsabgeordneten Rainer Deppe empfangen, der die Arbeitsweise eines Parlamentariers erläuterte.

Rainer Deppe stellte die aktuelle Situation in Bezug auf die Verteilung der Schlüsselzuweisungen des Landes dar und erklärte, was das für die Kommunen und die Stadt Wermelskirchen bedeutet. Eine Diskussionsrunde über aktuelle politische Themen mit dem Abgeordneten beendete den interessanten Besichtigungstag. (sl)

Foto: privat



Buchtipp

Wladimir Putin - ein Machtmensch

Wie tickt Wladimir Putin? Diese Frage bewegt spätestens seit der Krim-Annexion und des blutigen Ukraine-Krieges selbst jene Menschen, die lange Zeit an eine fortschreitende Demokratisierung Russlands nach westlichem Muster geglaubt hatten. In seinem Buch „Putins Demokratur – Ein Machtmensch und sein System“, das in aktualisierter und erweiterter Auflage (Verlag Econ, 413 Seiten, Preis: 14,99 Euro) vorliegt, weist der renommierte Journalist und Russland-Kenner Boris Reitschuster nach, dass der Kreml-Chef meilenweit davon entfernt ist, ein „lupenreiner Demokrat“ zu sein.

Im Gegenteil: Wie zu Sowjet-Zeiten setzt der russische Präsident und Ex-KGB-Oberstleutnant „auf einen allmächtigen Staatsapparat, nationalistische Stimmungen, die Manipulation der Medien, Geheimdienst-Methoden“, so Reitschuster, seit vielen Jahren Leiter des Moskauer Focus-Büros. Wer über die Jugendzeit Putins, über seine Geheimdienst-Ausbildung, über die KGB- und SFB-Machenschaften, über den Aufstieg Putins bis zum Präsidenten, über die Störmanöver und Schikanen gegen russische Oppositions-Politiker und Putin-Kritiker, über die Korruption in Russland nach verlässlichen Informationen sucht, findet sie in dem vorliegenden Buch. Boris Reitschuster, der für seinen Einsatz für Demokratie und Menschenrechte 2008 mit der Theodor-Heuss-Medaille ausgezeichnet wurde, weist nach, wie zynisch der russische Staat mit seinen Bürgern umgeht. Beschönigen oder gar Wegsehen sind auf dem Hintergrund des an Unberechenbarkeit zunehmenden Poltik-Stils Putins die schlechteste Antwort, wie der Journalist nachweist. (js)

Bürgermeisterwahlen 2015

Bräutigam und Leßenich nominiert

Nachdem Michaela Bräutigam bereits seit längerem als Bürgermeisterkandidatin für Odenthal nominiert ist, wurde nunmehr Stefan Leßenich einstimmig vom Wermelskirchener Parteivorstand für die Bürgermeisterkandidatur in seiner Geburts- und Heimatstadt nominiert. Die offiziellen Aufstellungsversammlungen, in denen sich die Kandidaten dem Votum der Mitglieder stellen, sind für den April/Mai geplant. In der nächsten Ausgabe von CDUinform stellen wir Ihnen die Kandidaten näher vor. (tf)

Fotos: privat

Sollen auf Wunsch der Parteivorstände am 13. September 2015 für die Odenthaler und Wermelskirchener CDU ins Rennen gehen: Michaela Bräutigam und Stefan Leßenich.

Neuer Vorsitzender in Leichlingen

Winter folgt auf Hüttebräucker

Am 21.03.2015 fand die Jahreshauptversammlung der CDU Leichlingen im Ratssaal statt. 95 stimmberechtigte Mitglieder waren gekommen, um unter der Sitzungsleitung von Herbert Reul einen neuen Vorstand zu wählen. Zur Kandidatur um den Vorsitz stellten sich den Mitgliedern mit Rainer Hüttebräucker und Maurice Winter zwei Kandidaten zur Wahl. Der 28-jährige Winter setzte sich schlussendlich knapp mit 49 zu 45, bei einer Enthaltung, durch. Der neugewählte Vorsitzende bedankte sich bei Hüttebräucker für die geleistete Arbeit in den vergangenen zwei Jahren. Gemeinsam mit dem neuen Vorstand möchte Winter näher beim Bürger sein, um Meinungen und Ideen auszutauschen. Zusammen mit dem Vorstand, der Fraktion sowie den Vereinigungen soll eine neue strategische Ausrichtung der Partei erarbeitet werden, um 2020 wieder die Mehrheit im Rathaus zu stellen. (mw)

Der neue Vorstand hat sich bereits konstituiert. Foto: priv.

Arbeitsfrühstück der Kreis-Mittelstandsvereinigung

Was auch Sie über den Mindestlohn wissen müssen....

Unter diesem Motto hatte sich ein interessiertes und teilweise auch sehr fachkundiges Publikum auf Einladung der MIT Rheinisch-Bergischer Kreis zum Frühstück eingefunden: Unternehmer, Vertreter der IHK, der Krankenkasse über Selbstständige bis hin zum finanzpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, der Vorsitzenden des EAK und Vorstandsmitgliedern der Senioren-Union.

Anlass der Veranstaltung waren zahlreiche E-Mails an die MIT-Kreisvorsitzende Doro Dietsch gewesen, in denen von „Sozialistischer Dokumentationspflicht“ die Rede war und über Bürokratie geklagt wurde. Firmen hatten das Gefühl, unter Generalverdacht gestellt zu werden. Bernd Klein, Inhaber des Restaurants, in dem man sich traf, erzählte gleich zu Beginn den ankommenden Gästen, dass er bereits im Januar vom Zoll überprüft worden sei, ob er den Mindestlohn zahle: die Zollbeamten kommen mit Maschinengewehr, Springerstiefeln und Hunden, was einer Kriminalisierung von Arbeitgebern gleichkommt.

Referent Sören Riebenstahl, Fachanwalt für Arbeitsrecht, führte sympathisch, locker und sachkundig in das Thema ein. Er erklärte, der Mindestlohn gelte für alle Arbeitnehmer auf dem Gebiet der Bundesrepublik, also auch für Minijobber und Subunternehmer, wenn sie zum Beispiel aus dem Ausland kommen und in Deutschland ihre Ware abladen. Ausgenommen sind bestimmte Praktika zur Orientierung vor der Ausbildung, Pflichtpraktika während der Ausbildung, Kinder und Jugendliche. Eine Übergangsregelung gilt für Zeitungszusteller. Verpflegung, Essensgutscheine, Tankgutscheine oder Dienstwagen seien nicht anrechenbar.

Zum Thema Dokumentationspflicht wurde intensiv diskutiert. Reichen die Arbeitszeitkonten, die manche Unternehmen haben? Muss der Arbeitnehmer bezeichnen? Was ist mit Pausen - zum Beispiel bei Busfahrern? Auch wie kontrolliert werden soll, beschäftigte die Gäste. Busunternehmer Ulrich Pütz: „Ein Auslesen der Fahrerkarten reicht dem Gesetz nicht. Wenn ich einen Kollegen zwei Wochen mit einer Reisegruppe durch Europa schicke, kann ich aber doch nicht kontrollieren, wann er wie lange er Pause macht.“

Die Strafen, die der Gesetzgeber vorsieht, sind drakonisch. Bei Verstößen des Arbeitgebers gegen Nachweis und Aufbewahrungspflicht droht eine Geldbuße bis 30.000 Euro. Verstöße des Arbeitgebers gegen die Pflicht zur rechtzeitigen Zahlung des Mindestlohns können eine Geldbuße bis 500.000 Euro bedeuten. Die zivilrechtrechtliche Haftung des Arbeitgebers beschäftigte die Anwesenden ebenfalls, zum Beispiel im Falle von Subunternehmern. Sören Riebenstahl erläuterte, man könne sich eine schriftliche Zusicherung des Subunternehmers geben lassen, dass er den Mindestlohn zahle. Falls er das dann trotzdem nicht tue, sei man dennoch in der Haftung. Falls der Gronauer Tannenhof beispielsweise eine externe Firma mit der Reinigung der Hotelzimmer beauftragen würde, so sei er dafür verantwortlich, dass diese Subunternehmer den Mindestlohn zahlten. Um überprüfen zu können, wurden in der Bundeszollverwaltung 1600 neue Stellen geschaffen!

Im Anschluss war man sich einig, dass die Forderungen der Bundes-MIT sehr sinnvoll sind. Konkret die Forderungen nach Befreiung von Dokumentationspflichten für die Minijobs, für die vertraglich der Mindestlohn und die konkrete Arbeitsamt festgeschrieben sind. (Es nützt ja nichts, wenn ein Minijobber zusätzlich auch noch die Hälfte seiner Zeit Zettel ausfüllt.) Zweitens, dass die Grenze der Dokumentationspflicht von 3000 € auf 1900 € abgesenkt wird – denn wer mehr als 1900 € im Monat verdient, kann ja nicht weniger als Mindestlohn erhalten. Und drittens, dass die Auswirkungen des Mindestlohns rasch überprüft werden und im Sommer ein erster Expertenbericht vor Gericht wird. (dd)

Fotos: Dietsch

Die MIT ist auf allen Ebenen mit den aktuellen Mindestlohnregelungen unzufrieden und fordert Nachbesserung.

Den aktuellen Mit-Flyer „Mindestlohn Bürokratie abbauen“ finden Sie hier: http://mit-deutschland.de/download/publikationen/mindestlohn_buerokratie_abbauen.pdf

Senioren-Union Rösrath

Rainer Mauer Ehrenvorsitzender

In großer Einmütigkeit wählten die anwesenden Mitglieder der Senioren-Union Rösrath auf ihrer Jahreshauptversammlung ihren ehemaligen Vorsitzenden Rainer Mauer zum Ehrenvorsitzenden des Stadtverbandes. Damit würdigte der Stadtverband die Verdienste von Rainer Mauer.

Er war über acht Jahre bis 2014 sein Vorsitzender und hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, dass der Rösrather Stadtverband mit über 200 Mitgliedern und einem vielseitigen Programmangebot von Studienfahrten bis hin zu gut besuchten politischen Veranstaltungen eine herausragende Bedeutung hat.

Fotos: Höring

Rainer Mauer, von Beruf Rechtsanwalt, war seit 1972 als Geschäftsführer und von 1979 bis zu seiner Pensionierung als Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Bekleidungsindustrie tätig.

Politische Arbeit leistete er in den verschiedensten Funktionen in der CDU. Sie begann mit dem Aufbau eines schlagkräftigen Kreisverbandes in seiner Heimat, dem Main – Taunus – Kreis. Mitte der achtziger Jahre wurde er nach einem Umzug in Rösrath aktiv, war mehrere Jahre im Stadtrat und auch Vorsitzender der CDU – Fraktion.

Noch heute ist er in verschiedenen Funktionen auf Orts- und Kreisebene in der Senioren – Union aktiv. Seinen beruflichen und politischen Schwerpunkt setzte er zweifelsohne in vielfältigen Aktivitäten im sozialen Bereich. Beruflich, aber auch als ehrenamtlicher Richter am Bundesarbeitsgericht war er stark mit sozialpolitischen, insbesondere mit tarifpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen befasst. Als Ratsmitglied prägte er die Arbeit im Sozialausschuss als dessen Vorsitzender. Mit Rat und Tat hinterließ er auch seine Spuren im Altenheim Wöllnerstift, dessen Vorsitzender er 12 Jahre lang war oder dessen stellvertretender Beiratsvorsitzender er seit 2011 ist, oder als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Altenhilfe für die Stadt Rösrath.

Er ist nach wie vor immer noch ein vorbildlicher Aktivist. (hrd)

CDU Rösrath

450 Euro ergrillt

„Die DLRG leistet viel für unsere Stadt! Die ehrenamtlichen Tätigkeiten rund um das Freibad Hoffnungsthal sind mit Geld nicht aufzuwiegen. Daher haben wir uns in diesem Jahr entschlossen, die Jugendarbeit des DLRG Rösrath mit den Einnahmen unseres Würstchengrillens auf dem Rösrather Frühlingsmarkt zu fördern“, freut sich Uwe Pakendorf, Parteivorsitzender der CDU Rösrath über die Einnahmen in Höhe von 450 Euro, die am 15. März auf einem wie jedes Jahr gut besuchten Stand unter dem Motto „Bratwurst für einen guten Zweck“ eingenommen werden konnten.

Michael Goworek, Vorsitzender der DLRG-Ortsgruppe freute sich ebenfalls, die Einnahmen entgegennehmen zu dürfen: „Im Herbst ist eine neue Jugendfahrt geplant. Dafür können unsere jungen Vereinsmitglieder diesen tollen Zuschuss gut gebrauchen.“ (up)

Fotos: Scheuermeier

v.l.n.r.: Achim Müller, Stellv. Parteivorsitzender, Uwe Pakendorf, Parteivorsitzender CDU Rösrath, Michael Goworek, Vorsitzender Ortsgruppe DLRG-Rösrath mit Ehefrau

Anzeige

Behnke Königsmann
Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte

Sehr geehrte Leser der CDU Inform,

wir sind eine überregional tätige Sozietät von 7 Berufsträgern (Steuerberater, Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer). Seit unserer Gründung im Jahre 1945 betreuen wir einen vielschichtigen Mandantenstamm aus Handwerkern, Kaufleuten, Freiberuflern sowie größeren mittelständischen Personen- und Kapitalgesellschaften.

Dabei stehen wir unseren Mandanten neben den regelmäßigen Dienstleistungen, wie Finanz-, Lohn- und Gehaltsbuchhaltung, den jährlich zu erstellenden Steuererklärungen und Jahresabschlüssen sowie der gerichtlichen und außergerichtlichen Rechtsberatung auch bei wichtigen Entscheidungen oder besonderen Beratungsanlässen mit unserem umfassenden Fachwissen zur Verfügung.

Wir würden uns freuen, wenn wir auch Ihnen bei entsprechenden Beratungsanlässen oder für die regelmäßige Bearbeitung auf den oben genannten Gebieten behilflich sein könnten.

Sie erreichen uns hier:
Bgm.-Schmidt-Str. 5, 51399 Burscheid
Tel.: 02174 / 766-0 • Fax: 02174 / 766-115
E-Mail: office@behnke-koenigsmann.de

Homepage: www.behnke-koenigsmann.de

CDU Leichlingen

Neuer CDU-Bürgertreff in Leichlingen

Ende Januar wurde der neue Bürgertreff der CDU in Leichlingen offiziell und feierlich eröffnet. Zukünftig „residiert“ die Blütenstadt-CDU in der Kirchstraße 5. Den feierlichen Anlass ließen sich auch Herbert Reul MdEP und Rainer Deppe MdL nicht nehmen. Nach der Eröffnungsrede durch den stellvertretenden Bürgermeister Jens Weber und den Ehrungen der Helfer wurden auch CDU-Jubilare für ihre treue Mitgliedschaft und Unterstützung geehrt. Ein besonderer Dank gilt den fleißigen Mitgliedern Achim Kötting, Erwin Bohlmann, Robert T. Hensel und Andreas Heusner, die in wochenlanger Arbeit das neue Domizil umgebaut und hergerichtet sowie den Umzug durchgeführt haben. Hell und freundlich, mit reichlich Platz versehen, vielen technischen Raffinessen und einem großen Schaufenster gestaltet sich nun der neue CDU Bürgertreff: eine neues Heim für die CDU und ihre Vereinigungen. (tf)

Viel Andrang bei der Eröffnung des neuen Leichlinger CDU-Bürgertreffs *Foto: privat*

Junge Union Kürten

Vorstandswahlen

Am 24. März fand die Jahreshauptversammlung der Jungen Union Kürten statt. Timo Friedrich wurde als Vorsitzender im Amt bestätigt. Seine beiden Stellvertreter sind Sebastian Wurth und – neu – NN. Timo Friedrich bedankte sich bei allen Beteiligten und Unterstützern und sprach von dem „erfolgreichsten Jahr in der JU-Geschichte seit der Neugründung im Jah-re 2009“. Höhepunkte des vergangenen Jah-res waren dabei der Gewinn der beiden mit JUlern besetzten Wahlkreise (durch Sebastian Wurth und Timo Friedrich) und das eigene Wahlprogramm, das die JU-Arbeit auch in der nahen Zukunft weiterhin prägen soll. (tif)

Senioren-Union Bergisch Gladbach

Seniorenbeirat

Von den 33.562 stimmberechtigten Senioren in Bergisch Gladbach haben bei der diesjährigen Seniorenbeiratswahl 11.135 (33%) ihre Stimme abgegeben. Die CDU-Senioren-Union konnte dabei ihren Wahlerfolg aus 2010 wiederholen und erneut vier der neun Sitze gewinnen. Mit 43,29% lag man klar vor der SPD-AG 60plus (26,74% und zwei Sitze) sowie der Ev. Kirchengemeinde (8,68%), der FDP (8,61%) und der Bürgerpartei (8,04%), die jeweils einen Sitz errangen. Keinen Sitz erlangten die Linke Liste und ein Einzelkandidat.

Im neuen Seniorenbeirat sitzen für die Senioren-Union ab sofort Hildegund Laufenberg, Josef Mohr, Wolfgang Kohlschmidt und Regina Leistner.

Gemeinsam mit dem Senioren-Union-Vorsitzenden Manfred Klein haben sie nun eine schlagkräftige Seniorenlobby zum Wohle der Älteren versprochen. (lh)

CDU Leichlingen

Ehrung für Gerd Hangert

Als gebürtiger Leichlinger verfolgte Gerd Hangert seit jeher die Zukunft „seiner“ Stadt mit großem Interesse. Politisch aktiv wurde er mit seinem Eintritt in die CDU am 01.07.1998. Karl Reul überzeugte ihn seinerzeit, mit der CDU die Lokalpolitik in Leichlingen mit zu gestalten. Zur Kommunalwahl 1999 wurde Gerd Hangert erstmals für einen Wahlkreis aufgestellt, den er mit 43,3 % auch direkt gewann. Gerd Hangert gewann 2004 seinen Wahlkreis erneut - und damit das einzige Direktmandat für die CDU Leichlingen. In den Jahren 2004 bis 2009 repräsentierte er die Stadt Leichlingen als zweiter stellvertretender Bürgermeister. Besonders lagen ihm dabei die Anliegen der Leichlinger Bürger am Herzen, für die er sehr viele Anträge in den Rat der Stadt einbrachte, von denen fast alle auch erfolgreich umgesetzt werden konnten. Im Jahr 2009 gewann Gerd Hangert seinen Wahlkreis erneut direkt.

Besondere Beliebtheit erlangte Gerd Hangert durch seine Aktion „Fraktion vor Ort unterwegs“. Auf seine Initiative hin widmete sich die Fraktion den örtlichen Besonderheiten dieses Wahlbezirkes. Im Anschluss an die Sitzung unterhielt sich die Fraktion mit interessierten Anwohnern, antwortete auf Fragen und nahm Anregungen der Bürger entgegen.

Gerd Hangert hat mit seinem Eintritt in die CDU zusätzlich Verantwortung und Einsatz für die Demokratie unserer Stadt gezeigt. Unsere Gesellschaft, unsere Stadt würde verarmen, wenn es nicht Menschen wie Gerd Hangert gäbe, die ihren Beitrag mit Zeit und persönlichem Engagement für die Demokratie und die CDU leisten. Dafür danken wir Gerd Hangert sehr herzlich. (rh)

Foto: privat

Neugewählte Vorstände

CDU Dabringhausen
(gewählt am 19.01.2015)
Vorsitzender: Michael Schneider Stellv. Vorsitzender: Dr. Jörn Kohnke Schatzmeister: Martin Fleschenberg Schriftführerin: Susanne Burghoff Beisitzer: Martin Bosbach, Guido Krüger, Julia Steinhöfel

SEN Burscheid
(gewählt am 18.02.2015)
Vorsitzender: Heinz Wilgenbusch Stellv. Vorsitzender: Horst Buttkus Schatzmeister: Rainer Nelte Schriftführer: Ilse-Marie Handschuh Beisitzer: Margret Eimermacher, Gisela Krell, Dr. Hartmut Schepanski

JU Bergisch Gladbach
(gewählt am 24.02.2015)
Vorsitzender: Sascha Inderwisch Stellv. Vorsitzende: Oliver Griess, Carsten Stobbe Schatzmeister: Julian Vielhauer Schriftführer: Andreas Fröhlingsdorf Geschäftsführer: Martin Stamm Beisitzer: Katharina Kohls, Martin Lucke, Kristof Röder, Nikola Uhlmann, Sebastian Werner, David Zenz

SEN Bergisch Gladbach
(gewählt am 27.02.2015)
Vorsitzender: Manfred Klein Stellv. Vorsitzender: Josef Mohr Schatzmeister: Manfred Scheibel Schriftführer: Peter Thormeyer Beisitzer: Gisela Biesenbach, Hans Wilhelm Laufenberg, Karl-Adolf Maas, Gisela Schlieker

JU Leichlingen
(gewählt am 07.03.2015)
Vorsitzender: Kevin Knoll Stellv. Vorsitzende: Melanie Fischer, Sebastian Gebauer, Marc Oliver Drechsel, Moritz Gebauer Schatzmeister: Fabian Dreßler Geschäftsführer: Julius Gebauer Pressesprecher: Sebastian Seidel Beisitzer: Tristan Schröder, Mohammed El Yahyaoui

CDU Bergisch Gladbach-Stadtmitte
(gewählt am 11.03.2015)
Vorsitzender: Oliver Renneberg stellv. Vorsitzende: Marc van de Meerendonk, Peter Thormeyer Schriftführerin: Sabine Hüppelshäuser Beisitzer: Andrea Gerlach, Dr. Kurt Molitor, Peter Lautz

CDU Ortsverband Wermelskirchen
(gewählt am 17.03.2015)
Vorsitzender: Randolph Schmidt stellv. Vorsitzende: Stefan Leflenich, Gereon Stock, Thorsten Schmalt Schriftführer: Karl-Heinz Wilke Beisitzer: Gabriele Stillger, Manfred Groß, Mahmut Egilmez, Monika Müller, Claudia Lambeck, Benjamin Schmidt

Frauen-Union Kreisvorstand
(gewählt am 20.03.2015)
Vorsitzende: Linda Stillger stellv. Vorsitzende: Therese Rehn, Maria Schleenstein Schriftführerin: Sabine Tretter Beisitzerinnen: Helga Brodersen, Birgit Fort, Janina Ganzer-Hensel, Gloria Gillrath, Christa Michalski-Tang, Gabriele Stillger

CDU Leichlingen
(gewählt am 21.03.2015)
Vorsitzender: Maurice Winter Stellv. Vorsitzende: Dr. Katharina Bischof, Christopher Schiefer, Jens Weber Schatzmeister: Robert Hensel Stellv. Schatzmeister: Gerald Finck Schriftführer: Andreas Heusner Beisitzer: Janina Ganzer-Hensel, Simon Eberhardt, Wolfgang Kübler, Achim Kötting, Achim Wilke

JU Kürten
(gewählt am 24.03.2015)
Vorsitzender: Timo Friedrich Stellv. Vorsit-zende: Sebastian Wurth, NN Schatzmeister: Simon Stefer Schriftführer: Philip Zeyen Beisitzer: Henrik Hamm, Patrick Langenberg, Kai Langenberg, Felix Kaulfuß, Florian Esser, Jan Hendrik Zapf, Georgios Sagredos

47 Jahre Ratsmitglied der CDU Burscheid

Gustav Ringelberg feierlich geehrt

Im Rahmen einer Feierstunde vor geladenen Gästen, Freunden, Weggefährten und seiner Familie dankte die Burscheider CDU ihrem Mitglied Gustav Ringelberg Ende November für unglaubliche 47 Jahre in der Burscheider Politik.

Gustav Ringelberg war 47 Jahre Ratsmitglied. In dieser Zeit war er viele Jahre Parteivorsitzender, Fraktionsvorsitzender und der letzte ehrenamtliche Bürgermeister der Stadt Burscheid.

Als Redner traten unter anderem die Burscheider CDU-Chefin Erika Gewehr, Altbürgermeister Hans Dieter Kahrl, Bürgermeister Stefan Caplan aber auch zahlreiche politische Weggefährten auch anderer Fraktionen vor.

In ihren Reden sprachen alle von engagierter, zielstrebiger, freundschaftlicher, harter aber jederzeit fairer politischer Arbeit. Natürlich blieben auch Anekdoten und lustige Gegebenheiten aus den Jahrzehnten nicht außen vor.

Sichtlich gerührt bedankte sich Gustav Ringelberg bei den Anwesenden, seinen Freunden und insbesondere bei seiner Frau Helga, ohne deren Verständnis und Unterstützung die langjährige politische Arbeit nicht möglich gewesen wäre. (eg)

v.l.n.r.: Dr. Hartmut Schepanski, Erika Gewehr, Jörg Baack, Stefan Caplan, Helga Ringelberg, Gustav Ringelberg, Hans Dieter Kahrl *Foto: privat*

Neumitglieder unterstützen Kreisvorstand

Mitmachen

Am 27. Februar trafen sich Kreisgeschäftsführer Thomas Frank und Kreisvorstandsmitglied Lennart Höring mit Neumitgliedern, um sich über die Entwicklung einer Neumitgliederkampagne auszutauschen. Viele gute Gedanken wurden in die Diskussion eingebracht, auch Defizite wurden benannt.

Besonders im Fokus standen dabei die noch recht frischen Eindrücke der Neumitglieder, warum jemand heute in eine Partei eintritt und wie er dort Willkommen geheißen wird.

Im weiteren Prozess sollen Instrumente entwickelt werden, um die Mitgliedergewinnung in den Stadt- und Gemeindeverbänden verbessern zu helfen.

Vielen Dank an Dr. Katharina Bischoff, Sven Doogs, Karsten Heyne und Leonard Nielen für das erste Treffen. Weitere werden folgen. Sie wollen auch mithelfen? Einfach im CDU-Center unter 02202 936950 oder t.frank@cdurbk.de melden! (tf/lh)

Termine 2015

April 2015

08.04.2015
Mittwoch
19:00 Uhr
Frauen Union Odenthal
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Haus der Begegnung
Maria Schleenstein, 02174 4459

09.04.2015
Donnerstag
10:30 Uhr
Senioren-Union Overath
148. Frühschoppen „Wege aus der Not“
mit Herrn Brettschneider, Mobile Krankenpflege Ov.
Bürgerhaus Overath
Rudolf Preuß, 02206 2953

09.04.2015
Donnerstag
15:00 Uhr
Senioren-Union Wermelskirchen
Neues aus dem Kreis
mit dem Fraktionsvorsitzenden Holger Müller MdL
Bürgerhäuser Eich 6/8
Werner Allendorf, 02196 4103, wernerallendorf@web.de

10.04.2015
Freitag
19:00 Uhr
Junge Union Odenthal
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Küchelhof (Pilgersaal) in Altenberg
Marco Gaj, 0176 34163661

11.04.2015
Samstag
11:00 Uhr
CDU Leichlingen und Herbert Reul
Ausstellung „Der Weg der Deutschen Einheit“
CDU-Bürgertreff, Kirchstr. 5, Leichlingen
Janina Ganzer-Hensel, 02202 9369555

13.04.2015
Montag
19:00 Uhr
EAK-Kreisverband
Offene Kreisvorstandssitzung
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach
Birgit Fort, 02202 57979, birgitfort@googlemail.com

14.04.2015
Dienstag
10:00 Uhr
CDA Wermelskirchen
Besichtigung der Bundesanstalt für Straßenwesen
mit Fahrgemeinschaften, Kosten 5 € pro Person
Manfred Groß, 02196 886613

14.04.2015
Dienstag
18:00 Uhr
ab 19:30 Uhr
CDA-Kreisverband
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
mit Vorstandswahlen und Verabschiedung von Willi Palm
Rede des Pflegebeauftragten der Bundesregierung
Staatsminister a.D. Karl-Josef Laumann
Kreishaus, Am Rübezahlwald 7, Bergisch Gladbach
Sylvia Wöber-Servaes, 02204 66144

15.04.2015
Mittwoch
Senioren-Union Leichlingen
Fahrt nach Unkel
Abfahrtsorte und -zeiten auf Anfrage
Gert Schulze, 02174 3573

15.04.2015
Mittwoch
15:00 Uhr
Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff „An die Ränder der Gesellschaft gehen - Papst Franziskus
mit Matthias Kopp, Sprecher der Bischoffskonferenz
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@cdu.gl

15.04.2015
Mittwoch
19:00 Uhr
KPV-Kreisverband
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Gast: Fabian Kesseler, KPV-Bezirksvorsitzender
CDU-Center, Am Stadion 18-24, Bergisch Gladbach
Lennart Höring, 0163 7727776, info@kpvrbk.de

16.04.2015
Donnerstag
17:00 Uhr
Senioren-Union Burscheid
Wolfgang Bosbach berichtet aus Berlin
Hotel Schützenburg, Hauptstr. 116
Heinz Wilgenbusch, 02174 691230

16.04.2015
Donnerstag
19:00 Uhr
CDU Overath
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Hotel-Restaurant „Lüdenbach“, Klef 99
Hardy Kohkemper, 02204 987590

16.04.2015
Donnerstag
19:30 Uhr
CDU OV Schildgen/Katterbach
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Haus Rheindorf, Altenberger-Dom-Str. 130
Wolfgang Göbels, 02202 85218

17.04.2015
Freitag
17:00 Uhr
CDU Rösrath
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Dorfschänke, Scharrenbroicher Straße
Uwe Pakendorf, 0170 5423965, uwe.pakendorf@gmx.de

20.04.2015
Montag
18:30 Uhr
JU-Kreisverband
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Rösrath, Ort noch offen, mehr auf www.jurbk.de
Diego Faßnacht, 0178 6369840, post@jurbk.de

22.04.2015
Mittwoch
07:30 Uhr
Senioren-Union Rösrath
Tagesfahrt an den unteren Mittelrhein
ab Haltestelle Halfenhof u.a.
Paul Kraus, 02205 6118

23.04.2015
Donnerstag
15:00 Uhr
Senioren-Union Wermelskirchen
Aktuelles aus Düsseldorf mit Rainer Deppe MdL
Bürgerhäuser, Euch 6/8
Werner Allendorf, 02196 4103, wernerallendorf@web.de

23.04.2015
Donnerstag
19:00 Uhr
CDU Burscheid
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Hotel Steffens „Zur Heide“, Heide 21
Erika Gewehr, 02174 60776

23.04.2015
Donnerstag
19:30 Uhr
CDU OV Paffrath/Hand
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen
Sheplers, Nußbaumer Str. 9, Paffrath
Ursula Kolloch, 02202 51629, ukolloch@gmx.de

28.04.2015
Dienstag
19:00 Uhr
CDU OV Bensberg/Moitzfeld
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen und Bürgerversammlung Mobilität/Verkehr
Rathaus Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz
Wilmund Opladen, 02204 53689, bensberg@cdu.gl

Mai 2015

04.05.2015
Montag
19:00 Uhr
CDU Odenthal
Mitgliederversammlung zur Aufstellung der Bürgermeisterkandidatin/des Bürgermeisterkandidaten
Bürgerhaus Herzogenhof, Altenberger-Dom-Str. 36
info@cdu-odenthal.de

07.05.2015
Donnerstag
15:00 Uhr
Senioren-Union Rösrath
Das politische Gespräch XXXI
Forsbacher Mühle, Mühlenweg 43, Rösrath
Hans-R. Drümmen, 02205 911392, hr@druemmen.de

13.05.2015
Mittwoch
Senioren-Union Leichlingen
Fahrt nach Bad Honnef
Abfahrtsorte und -zeiten auf Anfrage
Gert Schulze, 02174 3573

19.05.2015
Dienstag
Senioren-Union Burscheid
7-tägige Busreise ins „Alte Land“ nach Stade
mehr Infos auf www.cdu-burscheid.de
CDU-Büro, 02174 5545, buero@cdu-burscheid.de

19.05.2015
Dienstag
19:30 Uhr
CDU Bergisch Gladbach
Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl
Bürgerhaus Bergischer Löwe, Konrad-Adenauer-Platz
CDU-Center, 02202 9369570, info@cdu.gl

20.05.2015
Mittwoch
07:30 Uhr
Senioren-Union Rösrath
Tagesfahrt nach Bonn
ab Haltestelle Halfenhof und weitere
Hans-R. Drümmen, 02205 911392, hr@druemmen.de

20.05.2015
Mittwoch
15:00 Uhr
Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@cdu.gl

21.05.2015
Donnerstag
08:30 Uhr
Senioren-Union Overath
111. Exkursion nach Beilstein/Mosel
Treffpunkt Bahnhof, 22 € pro Person
Rudolf Preuß, 02206 2953

21.05.2015
Donnerstag
15:00 Uhr
Senioren-Union Wermelskirchen
Veranstaltung zum Thema „Aktivitäten rund um die Dhünntalsperre mit Christoph Hölzer/Aqualon-Verein
Bürgerhäuser, Eich 6/8
Werner Allendorf, 02196 4103, wernerallendorf@web.de

21.05.2015
Donnerstag
16:30 Uhr
Senioren-Union Odenthal
Versammlung
Haus der Begegnung
Helga Happel, 02202 79709

Juni 2015

13.06.2015
Samstag
10:00 Uhr
CDU Nordrhein-Westfalen
37. Landesparteitag
Beschluss eines Grundsatzprogramms
Wer Interesse hat, einen Landesparteitag einmal als Gast zu erleben, kann sich an Thomas Frank, 02202 9369556 oder t.frank@cdurbk.de wenden.

16.06.2015
Dienstag
17:00 Uhr
Senioren-Union Burscheid
Stadtgespräch „Ärztliche Zusatzleistungen (IGEL)“
Tennishalle Hilgen
Heinz Wilgenbusch, 02174 691230

17.06.2015
Mittwoch
10:00 Uhr
Senioren-Union Leichlingen
Vortrag und Diskussion über Tierhaltung und Hofverkauf der heimischen Landwirtschaft
Bürgertreff, Kirchstraße 5
Gert Schulze, 02174 3573

17.06.2015
Mittwoch
15:00 Uhr
Senioren-Union Bergisch Gladbach
Mittwochstreff
Gronauer Tannenhof, Robert-Schuman-Str. 2
Manfred Klein, 0151 20773572, manfred.klein@cdu.gl

18.06.2015
Donnerstag
10:30 Uhr
Senioren-Union Overath
149. Frühschoppen „Overather Stadtpolitik“
mit dem Fraktionsvorsitzenden Oliver Hahn
Bürgerhaus Overath
Rudolf Preuß, 02206 2953

18.06.2015
Donnerstag
12:00 Uhr
Senioren-Union Rösrath
Heidewitzka, Herr Kapitän...
Große Kölner Hafenrundfahrt
ab Haltestelle Halfenhof und weitere
Paul Kraus, 02204 6118

18.06.2015
Donnerstag
15:00 Uhr
Senioren-Union Wermelskirchen
Veranstaltung zum Thema „Außergerichtliche Konfliktregelung durch gemeinsame Vereinbarung“
mit RAin und Anwaltmediatorin Anja Meyer
Bürgerhäuser Eich 6/8
Werner Allendorf, 02196 4103, wernerallendorf@web.de

19.06.2015
Freitag
18:30 Uhr
CDU Odenthal
Sommerfest
Altenberger Hof
info@cdu-odenthal.de

22.06.2015
Montag
14:30 Uhr
Senioren-Union-Kreisverband
Jahreshauptversammlung
mit Hermann-Josef Arentz
Kreishaus, Am Rübezahlwald 7, Bergisch Gladbach
02202 936950, info@senioren-union-rbk.de

Terminvorankündigung

29.08.2015
Samstag
11:00 Uhr
CDU-Kreisverband
65. Kreisparteitag
mit Neuwahl des CDU-Kreisvorstand
Schulzentrum Odenthal
CDU-Center, 02202 936950, info@cdurbk.de

Anzeigen

PÜTZ-ROTH

Trauer braucht eine Heimat

Trauernde brauchen keine Therapie, keine ‚Schonung'. In der Trauer hilft uns am besten eine große Portion dessen, was uns auch in anderen schwierigen Situationen gut tut: Gemeinschaft, Nähe, Vertrauen, Liebe. Und Heimat.

Einen Beitrag können auch über Generationen gewachsene Bräuche leisten, die Vertrautheit und zusätzlichen Halt vermitteln. Dazu gehört für uns auch das traditionelle Begräbnisritual, gern mit einer Trauerfeier um den in der Kirche aufgebahrten Sarg.

Sprechen Sie uns gern jederzeit an. Wir sind für Sie da.

∞

Pütz-Roth, Bergisch-Gladbach, Kürtener Str. 10
(02202) 9 35 80, www.puetz-roth.de

Immer ein offenes Ohr für Sie!

Frohe Ostern!

CDU

cdurbk.de